kommunistische hochschulzeitung

OKTOBER 74 HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN(MLS) 3.Jg/Nr.8

Weg mit dem N.C. für Ausländer!

Um die Folgen der Krise ihres Bildungssystems auch auf die studierende Jugend abzuwälzen, greift die österreichische Bourgeoisie offen und unverhohlen zum Numerus Clausus. Parallel zum Numerus Clausus für verschiedene Studienrichtungen in der BRD wurde an den österreichischen Hochschulen für dieses Semester über dieselben Fächer ein Aufnahmestop für Ausländer verhängt. Der Aufnahmestop betrifft gerade jene Studienrichtungen, an denen 60 - 70 % der ausländischen Studenten studieren.

Dazu kommt, daß für die Aufnahme auf die Universität nunmehr ein Notendurchschnitt von +2 bis 1 im Reifezeugnis notwendig ist. Damit nicht genug, muß der betreffende Student eine bestandene Aufnahmsprüfung im Heimatland vorweisen können. (für Perser, Griechen, Türken) Dort gibt es ebenfalls meist einen äußerst scharfen Numerus Clausus (für 130 000 persische Maturanten gibt es 8000 Studienplätze!)

Die Abschaffung des Vorstudienlehrganges, die letztes Semester erkämpft wurde, hat die Lage der ausländischen Kollegen nicht verbessert. Das wird solange der Fall sein, als die aufnahmebedingungen nicht für alle gleich sind. Bei den Beschlüssen, die die Rektorenkonferenz bezüglich der ausländischen Kollegen gefaßt hat berufen sich die Professoren auf das Allgemeine Hochschulstudiengesetz, § 7. Damit wollen sie zeigen, daß sie nur dem Gesetz nach handeln und gegen ihre gesamtösterreichisch geltenden Anordnungen nichts zu unternehmen ist. Tatsächlich ist es auch so, daß der § 7 ihr Vorgehen verlangt, daß Studenten ausländischer Herkunft nur nach Maßgabe ihrer Leistung, nach der Gleichwertigkeit der Maturazeugnisse und nur dann zugelassen sind, wenn für die österreichischen Studenten bereits gesorgt ist. Die Spaltung der Studenten angesichts zu erwartender Gegenwehr bei miserablen Studienbedingungen etc. ist schon im Gesetz vorgesehen.

Warum jetzt strenge Handhabung des § 7?

Um abzulenken, haben die Rektoren sich einen guten Witz einfallen lassen. Sie sagen daß die Studenten selbst schuld sind, wenn der § 7 jetzt rigoros angewandt wird. Rektor Korninger meinte: Wenn die Studenten letztes Semester Ruhe gegeben hätten, den Vorstudienlehrgang und den Auslandsstudentendienst nicht bekämpft hätten, dann wäre niemand auf die Idee gekommen, sich das Gesetz anzusehen! Solche Tricks sind altbekannt: Wehrt man sich berechtigterweise gegen eine Schweinerei, soll man auch noch selbst daran schuld sein, wenn statt der zurückgewiesenen eine noch größere folgt.

In Wirklichkeit dürfte es so sein, daß die Rektorenkonferenz vom Ministerium die Anweisung bekommen hat, den § 7 zur Anwendung zu bringen. Zahlreiche Gesetzesstellen dienen bekanntlich oft nicht unmittelbar für ihre Durchführung, sondern werden bereit gehalten für jenen Augenblick, wo ihr Inkrafttreten für die

Fortsetzung Seite 2



Bereits im letzten Semester demonstrierten mehrere hundert Studenten für die Rechte der ausländischen Kollegen

Gegen Zulassungsbeschränkungen - sich in Komitees organisieren!

Bevor noch die ersten Lehrveranstaltungen begonnen haben, wurden auf den verschiedensten Instituten Hörerversammlungen einberufen, um Kampfschritte gegen die sich rapide verschlechternden Studienbedingungen zu beraten.

Die Durchführung der kapitalistischen Hochschulreform war bis zum SS 1974 durch einen eher gemütlichen Gang gekennzeichnet, und es konnte scheinen, daß es sich dabei um einzelne unangenehme Maßnahmen einzelner, besonders reaktionärer Ordinarien handelte.

Inzwischen jedoch hat sich die Situation grundlegend verändert. Mit dem Pädagogik-Studienordnungsentwurf kam ein Kernstück der Hochschulreform ins Rollen. Erstmals wurden dabei einheitlich und mit klarer Stoßrichtung die akademischen Freiheiten von breiten Massen der Studenten angegriffen. Nicht mehr die vermeintliche Willkür einiger Professoren steht nun im Mittelpunkt, sondern immer deutlicher entpuppt sich der bürgerliche Staat in Form des Firnberg-Ministeriums als zentraler Organisator des Angriffs.

Die Reform der Hochschulen wird gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben, deren Zusammenhang wir gut beachten müssen, wenn wir den Kampf dagegen richtig und mit Aussicht auf Erfolg führen wollen.

1. Die Maßnahmen, die an den einzelnen Instituten und Studienrichtungen gesetzt werden.

Fortsetzung S.4

Bourgeoisie von der Situation her unbedingt nötig ist. Das gilt auch für den § 7 des AHStG !

Die Bildungskrise ist ein Bestandteil der allgemeinen Krise des Imperialismus

International sieht sich der Imperialismus einer breiten und tiefen Bildungskrise gegenüber, die sämtliche Bereiche des Ausbildungswesens erfaßt. Die Bildungskrise ist keine isolierte Erscheinung, sondern ein Element der allseitigen, ökonomischen, politischen und ideologischen Krise der Herrschaft des Weltimperialismus überhaupt.

Kriege, Infaltion, Überproduktion, Zerstörung geschaffener Werte, Arbeitslosigkeit, materielle und geistige Verelendung breiter Klassen und Schichten in den imperialistischen Staaten und ganzer Länder und Nationen kennzeichnen die Herrschaft der Bourgeoisie, die immer unfähiger wird, das gesellschaftliche Leben zu organisieren. Die Zersetzung der politischen und ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie schreitet flott voran - in fast allen imperialistischen Staaten jagt eine Regierungskrise die andere, überall enthüllen sich Korruption und Gewissenlosigkeit der bürgerlichen Politik. Die Herrschenden haben größte Mühe, den Massen ihre Phrasen von "Demokratie" und "Wohlstand" zu verkaufen. Eine Krise jagt die andere; aus jeder Krise kann sich die Bourgeoisie nur herauswinden, wenn sie ihre Folgen auf den Rücken des Volkes ablädt - mit dem einzigen Ergebnis, daß sich die Krise auf höherer Ebene wiederholt.

Das alles gilt gleichermaßen auch für die Bildungskrise. Die Bourgeoisie hat an einer Hebung des kulturellen und wissenschaftlichen Niveaus der breiten Massen der Werktätigen kein Interesse. Was sie braucht, ist eine unwissende Arbeiterklasse, gerade qualifiziert genug, um die entwürdigende Arbeit in den kapitalistischen Fabriken zu leisten, und eine möglichst kleine Schicht von hoch- und höchstqualifizierten Fachleuten, Ideologen und Pfaffen ihrer Herrschaft über das Volk.
Das Volk geht in Volks- und Hauptschulen, wo dem größten Teil bestenfalls eine Elementarbildung vermittelt wird und wo offene Unterdrückung und Disziplinierung herrscht. Die künftigen hoch- und höchstqualifizierten Bourgeoisagenten kommen in die Mittel- und Hochschulen - und nicht einmal hier ist die Bourgeoisie in der Lage, zu planen.

Die österreichische Bourgeoisie hat sich bisher im wesentlichen mit der Verschärfung der Selektion und des Prüfungsdrucks an den Hochschulen zu helfen versucht. Sie ist gezwungen, auf der einen Seite jede Kritik an den angebotenen Lehrinhalten zu verhindern und auf der anderen Seite nicht mehr Akademiker heranzubilden, als sie gerade haben will und ausbilden kann. Wir alle haben bisher die Studienverschärfungen, den versteckten Numerus Clausus , über die verschiedensten Auslesemechanismen zu spüren bekommen.

Das alles genügt jedoch offensichtlich nicht mehr: der offene Numerus Clausus muß her, die unverhohlene Abwälzung der Bildungskrise auf den Rücken der studierenden Jugend, derselbe offene Numerus Clausus, der in fast allen anderen westeuropäischen Staaten schon seit einiger Zeit gehandhabt wird.

Gegen die Spaltung der Studenten - gegen chauvinistische Verhetzung

Um ihre Angriffe möglichst wirksam und ohne Widerstand vollziehen zu können, verbreiten die Vertreter der Bourgeoisie die Lüge, daß ein Aufnahmestop für Ausländer jetzt einen späteren Numerus Clausus für Österreicher verhindern kann.

Damit versuchen sie erstens zu verschleiern, daß einzig und allein die kapitalistische Herrschaft die Ursache der Bildungskrise ist.

Zweitens versuchen sie durch die Studenten zu spalten, nach und nach gegen verschiedene Gruppen von Studenten den Numerus Clausus zu verhängen und somit zu verhindern, daß eine einheitliche Kampffront entsteht, die ihnen wirklich gefährlich werden kann. Wer jetzt den Numerus Clausus gegenüber den ausländischen Kollegen akzeptiert, kann später viel leichter dafür gewonnen werden, auch den Numerus Clausus für einen Teil der inländischen Kollegen hinzunehmen! Aufgrund ihrer entrechteten Lage können die ausländischen Studenten sich gegen die sie betreffenden Angriffe gar nicht zur Wehr setzen, weil sie sonst gleich ausgewiesen werden - deshalb sind sie auch die ersten, gegen die es losgeht.

Drittens sollen chauvinistische Strömungen unter den Studenten selbst gefördert werden, die sich gegen die unterdrückten Völker und ihre Kämpfe richten. Die Chauvinisten behaupten, daß die Völker der Dritten Welt, die Gastarbeiter und die ausländischen Studenten "uns" die Teller leerfressen, und stellen damit die realen Verhältnisse auf den Kopf: Es sind nämlich gerade die Entwicklungsländer, die der Imperialismus ausplündert und auf deren Kosten sich "unsere" Bourgeoisie und ihr Gefolge einen feisten Wanst frißt. Es ist gerade der Imperialismus, der in den Extremitäten seines Herrschaftsbereiches solche Verhältnisse schafft, die durch Analphabetismus und Aberglauben der Werktätigen einerseits und durch proimperialistische Indoktrination der zahlenmäßig äußerst gering gehaltenen studierenden Jugend andererseits gekennzeichnet sind.
So ist es der Imperialismus, der in den unterentwickelt gehaltenen Ländern die Herausbildung einer nationalen Kultur und nationalen Intelligenz zu verhindern sucht. Jahrzehntelang lotsten die einzelnen Bourgeoisien der imperialistischen Länder Studenten zu sich, um über die Herausbildung einer In→

KSV und VSStÖ sabotieren Aktionseinheit gegen NC

Um eine möglichst breite Aktionseinheit gegen den Numerus Clausus für Ausländer herzustellen und möglichst viele unorganisierten Kollegen aktiv in den Kampf miteinzubeziehen, rief die MLS-Zelle Ökonomie zur Bildung eines Aktionskomitees auf. Das Komitee sollte nach unserem Vorschlag auf folgender politischer Basis stehen:

SOFORTIGE AUFNAHME ALLER ABGEWIESENEN KOLLEGEN!
WEG MIT DEM ZULASSUNGSSTOPS FÜR AUSLÄNDISCHE KOLLEGEN!
WEG MIT NUMERUS CLAUSUS FÜR EINEN TEIL DER STUDENTEN!
SCHLUSS MIT DEN SCHIKANEN GEGEN DIE KOLLEGEN AUS DEM VORSTUDIENLEHRGANG, SOFORTIGE AUFNAHME DIESER KOLLEGEN AUF DIE HOCHSCHULEN!
VOLLE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG ALLER IN ÖSTERREICH ARBEITENDEN UND STUDIERENDEN AUSLÄNDER!

Das Komit ee sollte jedem offenstehen der bereit ist diese eindeutige und gerechte Forderung aktiv zu unterstützen. Diese Forderungen waren auch schon Inhalt eines Flugblattes gewesen, das die fortschrittlichen Ausländerorganisationen, eine Reihe österreichischer Studentenorganisationen (darunter KSV, VSSTÖ und MLS) sowie viele STRV gemeinsam herausgegeben und auf der ganzen Uni verteilt hatten. In dem Flugblatt war auch die Bildung von Komittees an den einzelnen Instituten propagiert worden.
Als es jedoch darum ging den Kampf zu organisieren, "vergaß" der KSVSSTÖ sofort das Flugblatt, das er selbst unterschrieben hat . Auf die konstituierenden Sitzungen des Komitees kamen der KSV und VSStÖ nur, um die Bildung eines Komitees auf der vorgeschlagenen Basis zu verhindern und damit auch zu verhindern, daß unorganisierte Kollegen in den Kampf miteinbezogen werden. Ein Vertreter des KSV behauptete, das Komit ee hätte keinen Sinn, da es ohnehin fortschrittliche Studienrichtungsvertreter (St RV) gebe (2 KSVler von 5 StRV), das heißt auf deutsch: wenn der KSV in der StRV ist, brauchen sich die Studenten nicht mehr zu organisieren, der KSV vertritt ja sowieso ihre Interessen. Der KSVSSTÖ braucht die Massen gerade dazu, daß sie ihm in die Hochschulgremien helfen. Selbständige Initiativen der Studenten sind dem KSVSSTÖ ein Greuel, denn er könnte die Kontrolle darüber verlieren. Br lehnt daher Komit ees ab, in denen sich auch unorganisierte Studenten an der politischen Arbeit beteiligen und ihre Initiative entfalten können.
Wir stellen demgegenüber klar, daß wir selbstverständlich alle Aktionen der StRV unterstützen, soweit sie sich im Rahmen der vorgeschlagenen Aktionseinheit bewegen. Jedoch sei es gerade Aufgabe der StRV die Eigeninitiative der Massen zu unterstützen und daher gerade die Bildung von Komit ees in jeder Weise zu propagieren und zu unterstützen. Allein der Druck und die Mobilisierung der Massen der Studenten kann den bürgerlichen Staat zu Zugeständnissen zwingen. Die StRV dürfen auf keinen Fall stellvertretend für die Massen handeln und können die Masseninitiative nicht ersetzen.
Dem KSVSSTÖ ist es durch seine Intrige vorläufig gelungen die Bildung eines Komit ees zu verhindern. Wer werden jedoch unbeirrt unsere Politik fortsetzen und unsere Anstrengungen verstärken, eine breite Aktionseinheit zustande zu bringen, möglichst viele Kollegen für die aktive Teilnahme am Kampf zu mobilisieren und ein Komitee gegen den Numerus clausus für Ausländer aufzubauen.

MLS-Zelle Ökonomie

telligenz im imperialistischen Land selbst sich weiteren Einfluß zu sichern und zu schaffen. Jetzt, wo ihnen alles über den Kopf zu wachsen droht, wollen sie mit Zwangsmaßnahmen die Situation in den Griff bekommen. Die Interessen der Bourgeoisie sind aber nicht unsere Interessen. Die Logik der Imperialisten ist nicht unsere Logik. Wir wollen an diesem volksfeindlichen Hochschulwesen nicht herumdoktern! Wir erklären uns nicht für die kapitalistischen Hochschulen für verantwortlich. Wir stehen diesem System von Grund auf feindlich gegenüber.

Viertens wird durch diese Maßnahme das allgemeine Klima des "jeder gegen jeden" weiter verschärft. Numerus Clausus, Zulassungsbeschränkungen, Verschärfung der Selektion und des Studiendrucks verstärken bei vielen, die durchkommen, die Ansicht, zu einer geistigen Elite zu gehören und auf das "einfache Volk" herabschauen zu können. Alle Reglementierungsmaßnahmen schaffen eine Atmosphäre des Durchkommenwollens um jeden Preis, des Duckmäusertums und der Disziplinierung. Sie bewirken, daß die Abhängigkeit der Studenten vom bürgerlichen Staat wesentlich erhöht wird und aufflammende, selbständige Kämpfe der Studenten leichter erstickt werden können.

Schluß mit der Entrechtung der in Österreich studierenden und arbeitenden Ausländer

Aufgrund dieser Situation müssen wir fordern:

SOFORTIGE AUFNAHME ALLER ABGEWIESENEN KOLLEGEN !

WEG MIT DEM NUMERUS CLAUSUS FÜR AUSLÄNDER !

SOFORTIGE AUFHEBUNG DER §§ DES AHStG, DIE EINE UNTERSCHIEDLICHE BEHANDLUNG VON IN- UND AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN VORSEHEN !

Für das Recht auf den freien Zugang zu allen Studieneinrichtungen müssen wir entschlossen eintreten! Gleichzeitig aber müssen wir uns über folgende Situation im klaren sein: Der bürgerliche Staat entzieht den in Österreich lebenden Ausländern die fundamentalsten demokratischen Rechte. Jeder Ausländer, der in Österreich für seine Interessen eintritt, sich an wirtschaftlichen Kämpfen beteiligt oder sich politisch betätigt, kann jederzeit des Landes verwiesen werden. Die Entrechtung der Ausländer liegt im Interesse der Bourgeoisie, sie vom übrigen Volk abzuspalten und zu verhindern, daß sie sich in den gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus einreihen.

Ein Gastarbeiter, der seit Jahren in Österreich lebt und für einen Kapitalisten schuftet, kann jederzeit ausgewiesen werden, wenn er sich einem Streik anschließt und gefährdet durch jeden Kampfschritt seine eigene Existenz und oft auch die seiner ganzen Familie. Ein fortschrittlicher Student, der aus einem Entwicklungsland kommt, kann jederzeit aus Österreich ab geschoben werden, wenn er sich z.B. an einer antiimperialistischen Demonstration beteiligt. Die Entrechtung der in Österreich lebenden Ausländer nützt nur der Bourgeoisie und ihrem Staat. Die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen haben demgegenüber das Interesse, die Ausländer einzubeziehen in den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat. Deshalb müssen wir unbedingt für die völlige rechtliche Gleichstellung von Ausländern und Inländern kämpfen.

Die ausländischen Studenten sind gegenwärtig das Hauptangriffsziel der Bourgeoisie unter den Studenten. Die Reaktionäre handeln stets nach dem Grundsatz, die zu schlagen, die sie gerade schlagen können und sich auf den späteren Angriff auf die vorzubereiten, die sie vorläufig nicht so ohne weiteres schlagen kann. Zeigen wir ihnen, daß sie sich verrechnet haben! Treten wir daher einheitlich für die Forderung ein :

VÖLLIGE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG DER IN- UND AUSLÄNDER !

Die Bewegung entfaltet sich gut

Auf den Aufruf der Studienrichtungsvertreter hin, an den einzelnen Instituten Komitees zur Unterstützung der ausländischen Kollegen zu bilden, haben diese sich an vielen Instituten gebildet. Sie organisieren das Auftreten in den Lehrveranstaltungen und haben so bereits viele Kollegen für die richtigen Forderungen gegen die reaktionären Maßnahmen gewinnen können. Solche Komitees sind eine gute Sache. Alle, die den Charakter der Machenschaften gegen die ausländischen Kollegen durchschaut haben, können sich daran beteiligen. Dadurch ist die Bewegung bereits viel breiter als voriges Semester, wo die Bildung solcher Komitees nicht energisch genug vorangetrieben worden war. Daneben beteiligen sich mehrere Organisationen am Aufbau einer breiten Aktionseinheit zum Kampf gegen den Numerus Clausus für ausländische Studenten.

Als ein wichtiger Schritt wurde beschlossen, Unterschriften zu sammeln: einige Tausend konnten schon zusammengebracht werden. Das alleine dokumentiert schon die Breite der Bewegung. Mit dem Unterschriftensammeln und mit der Hörerversammlung am Mittwoch wird es aber nicht getan sein. Wie sich schon oft gezeigt hat, ist die Bourgeoisie nur auf den entsprechenden Druck hin bereit, einmal getroffene Maßnahmen wieder zurückzunehmen. Eine Demonstration wird dazu ein geeignetes Mittel sein.

Druck müssen wir aber nicht nur gegen das Ministerium und die Rektorenkonferenz als die Einpeitscher der ganzen Maßnahmen ausüben, sondern auch gegen alle, die den Kampf zu sabotieren trachten - v.a. die ÖH-Bosse. In Worten ist der ZA-Vorsitzende Schneider gegen einzelne Beschlüsse der Rektorenkonferenz. Tatsächlich aber hat er nichts dafür getan, eine Bewegung zur Unterstützung der Ausländer in Gang zu bringen oder diese Bewegung wenigstens jetzt demonstrativ zu unterstützen. Lange Zeit war von der ÖH überhaupt nichts zu erfahren und es hieß immer nur, man wisse nichts. Hier widersprechen sich Rektor Korninger und die ÖH. Während Korninger sagt, die ÖH hätte den Beschlüssen zugestimmt, behauptet Schneider hartnäkkig, das Ganze sei nicht wahr. Was stimmt, wird wohl nicht leicht herauszubringen sein. Zwielichtig ist die Rolle der ÖH auf jeden Fall.

Indem wir das breit an die Öffentlichkeit zerren, setzen wir den ÖH-Bossen natürlich ordentlich zu. So ist es auch kein Wunder, daß einzelne ÖH-Leute darüber aufgebracht sind, daß die fortschrittlichen Studenten sagen, was von der Politik der ÖH zu halten ist. Sie jammern darüber, daß ihre Aussagen entstellt würden. Ist es aber nicht gerade so, daß alle bürgerlichen Politiker nur Verschwommenes Zeug von sich geben, um Verwirrung zu stiften und sich selbst nicht festlegen zu müssen. Immer drehen sie sich wie ein Windrad und wollen undurchschaubar sein. Gerade dadurch entlarven sie sich selbst, denn worauf es ankommt, ist doch klipp und klar zu sagen: wir sind für die Forderungen nach Abschaffung des Numerus Clausus und für völlige rechtliche Gleichstellung, ohne jeden Kompromiß; sie aber sind bei all ihren Manövern und Schwankungen in einer Frage standfest: Sie stellen sich nie klar und unmißverständlich hinter die Forderungen der Kollegen.

Die ÖH sucht Kompromiß

In der Hoffnung, am Ende gut dazustehen, suchten die ÖH-Bosse einen "sachlichen" Kompromiß, um einige Mini-Zusagen präsentieren zu können, um das

---

BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES DER AKADEMIE DER BILDENDEN KÜNSTE ZUR FRAGE DES NUMERUS CLAUSUS FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN:

......

Der Hauptausschuß der Akademie der Bildenden Künste verurteilt all diese Maßnahmen aufs schärfste, da sie einen der schwersten Angriffe auf die Rechte aller Studenten bedeutet. Der Numerus Clausus für Ausländer ist das Vorspiel zum Numerus Clausus für alle. Die ausländischen Kollegen trifft der Numerus Clausus deshalb als erste, da diese in Österreich nicht dieselben Rechte genießen, wie die Inländer.

Der Hauptausschuß der Akademie der Bildenen Künste tritt ein für die völlige rechtliche Gleichstellung der in Österreich lebenden Ausländer mit den Inländern, und weist den offenen Numerus Clausus für die Ausländer als einen schweren Angriff auf einen Teil der gesamten Studentenschaft scharf zurück.

In folgenden tritt er ein für die Forderungen nach:

SOFORTIGE AUFNAHME ALLER ABGEWIESENEN KOLLEGEN!

WEG MIT DEN ZULASSUNGSSTOPPS FÜR AUSLÄNDISCHE KOLLEGEN IN 20 STUDIENRICHTUNGEN!

WEG MIT DEN BESONDEREN AUFNAHMEVORAUSSETZUNGEN FÜR KOLLEGEN AUS EINIGEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN!

WEG MIT ALLEN SCHIKANEN GEGEN DIE KOLLEGEN AUS DEM VORSTUDIENLEHRGANG UND IHRE SOFORTIGE AUFNAHME AUF DIE HOCHSCHULE!

GLEICHSETZUNG ALLER MATURAZEUGNISSE; SOFORTIGE AUFNAHME ALLER AUSLÄNDER AUF DIE HOCHSCHULE; ERGÄNZUNGSPRÜFUNGEN WIE INLÄNDER!

WEG MIT DEM NUMERUS CLAUSUS FÜR EINEN TEIL DER STUDENTENSCHAFT!

dann als großen Erfolg ihrer Politik hinzustellen. So behauptet die ÖSU in ihrer Zeitung "ÖSU-Report" vom Juni 74, daß im Kampf gegen den Vorstudienlehrgang "alle Forderungen erfüllt worden" seien und versuchten das auch noch als ihr Verdienst hinzustellen. Insofern kann man sich sehr gut vorstellen, daß sie in dauernden "Verhandlungen" mit irgendwelchen "zuständigen Herren" stehen. Bürgerliche Kabinettspolitik hat noch nie etwas gebracht, außer ein paar Almosen. Und die haben dann noch immer dazu gedient, eine bereits existierende Bewegung für gerechte Forderungen abzuwürgen. Gerade von einer solchen Bewegung will die ÖH nichts wissen, ebensowenig wie von den gerechten Forderungen!

Schneider z.B. will nicht gleiches Recht für freien Zugang zu allen Studienrichtungen für alle Studenten, sondern er will die Abschaffung des Numerus Clausus nur bezüglich der unterentwickelt gehaltenen Länder. Das ist natürlich nicht besser als das, was das Ministerium will. Denn Spaltung bleibt Spaltung, und Spaltung schwächt. Wenn ich sage: die schon, die nicht - das Ergebnis ist immer das gleiche! Egal wie viele zu den Ausgeschlossenen zählen - für das gleiche Recht für alle treten sie nicht ein.

Als Begründung für diese nur scheinbar bessere Aufspaltung der Studenten führt Schneider an, daß es nicht unsere Sache sei, die Bildungskrise der BRD, Frankreichs oder sonst eines Landes auf uns zu nehmen. Damit hat er nicht Unrecht, geht aber trotzdem auch hier völlig bescharf vor. Er will sich nicht um die Probleme der ausländischen Bourgeoisie kümmern, sondern nur um die der österreichischen.
Die Bildungskrise ist international und von einem solchen Standpunkt müssen wir sie bekämpfen, indem wir für alle die gleichen Rechte bezüglich des Studiums in Österreich fordern. Das gleiche werden die fortschrittlichen Studenten in den anderen Ländern ebenfalls tun. So müssen wir scharf dagegen auftreten, Studenten aus unterentwickelten Ländern schon aufzunehmen, Studenten aus anderen Staaten Europas aber nicht. Zusätzlich würde das nämlich auch noch bedeuten, die Ausbildung im Dienste des Kapitals zu beschönigen, indem wir so tun, als könnten die Studenten aus der 3. Welt hier etwas "profitieren". In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Bourgeoisie alles unternimmt, um diese für ihre eigenen imperialistsischen Interessen einspannen zu können. Weil die Ausb ildung in Österreich eine Ausbildung im Interesse des Kapitals ist, sagen wir auch nicht, daß Studenten aus anderen Ländern zu uns kommen sollen. Wofür wir aber eintreten, ist, daß sie dieselben Rechte haben müssen wie alle Inländer, wenn sie den Wunsch haben, sich hier aufzuhalten und zu leben, denn damit sind sie denselben Bedingungen unterworfen wie das übrige Volk, haben unter denselben Maßnahmen der Bourgeoisie zu leiden. Halten sie sich in Österreich auf, dann schließen wir uns mit ihnen zu einer einheitlichen Kampffront zusammen, das ist notwendig, weil der bürgerliche Staat seine finsteren Pläne immer so durchzusetzen trachtet, daß er das Volk in einzelne Teile aufspaltet. Teilen und herrschen ist sein Prinzip.

Einheit ist dagegen die Stärke der Unterdrückten. Alles, was auf Spaltung hinausläuft, schwächt den Kampf. Ebenso alle Pläne, die durch kleine Teilerfolge vom Gesamtziel ablenken wollen. Wir müssen an den Forderungen entschlossen festhalten:

FREIER ZUGANG ZU ALLEN STUDIENRICHTUNGEN FÜR ALLE !

VÖLLIGE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG FÜR IN- UND AUSLÄNDER !

P. M.

Neue Studienordnungen in Mathematik

An den physikalischen Instituten und am mathematischen Institut wächst unter den Studenten der Unmut über die neuen Studienordnungen (StOs). Die DiplomStO Physik, die das BuMiWuF eben beschlossen hat und die vor einiger Zeit ausgesandten Entwürfe für die fachspezifischen LehramtsStOs Physik und Mathematik bzw.die DiplomStO Mathematik stellen nämlich eine ganz saftige Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen dar und schränken massiv die Rechte der Studenten ein.

In zwei Hörerversammlungen (HVs) in den ersten beiden Oktoberwochen äußerten viele Studenten ihre Empörung über diese Angriffe des bürgerlichen Staates und auch die meisten Erstsemestrigen, die ja kaum eine Ahnung von der Hochschulreform haben, sahen in der Diskussion rasch, wie der Hase läuft. Zumindest vermochte Prof. Lintner in der physikalischen Einführungsvorlesung kaum,einem Studenten das Diplomstudium schmackhaft zu machen. Sein Argument, das Diplomstudium sei angenehmer, weil kürzer (z.B.seien ja für den ersten Studienabschnitt nur 4 Semester vorgesehen), erwies sich als Bumerang, da auf der Hörsaaltafe von der vorhergegangenen HV noch deutlich die Pfichtstundenzahlen für den 1.Studienabschnitt zu lesen waren, die unmöglich in vier Semestern bewältigt werden können. Auch mit seinem Hinweis auf die großzügig den Studenten gewährte Freiheit, die Prüfung über den vierten Teil der Einführungsvorlesung bei irgendeinem der Ordinarien ablegen zu dürfen und darauf, daß die Kolloquien in Zukunft schriftlich und mündlich abzulegen seien, was ja den Studenten ("mit ihren Prüfungsneurosen bei schriftlichen Prüfungen")entgegenkomme , war kein Blumenstrauß zu gewinnen.
In der Diskussion wurde nämlich aufgezeigt, daß überhaupt erst die Reformierung des Physikstudiums den Studenten einen dritten und vierten Teil der Einführungsvorlesung und die Pflichtprüfungen über diese Vorlesung bescherte.
Wenn man bedenkt, daß vor zwei Jahren Prof.Weinzierl in diesen Prüfungen 50% der Studenten sausen ließ, verlieren die zusätzlichen mündlichen Kolloquien rasch an "studentenfreundlicher" Bedeutung.

Viele Studenten an unserem Institut taten das einzig Richtige:
Sich nicht von den schön- →

GEGEN DIE ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNGEN....

Das sind jene, die wir in der jetzigen Situation hauptsächlich spüren. Sie tragen alle den Charakter eines inneren Numerus Clausus und sind von Institut zu Institut verschieden, je nach dem, wie hart die Krise des imperialistsichen Bildungssystems das jeweilige Institut trifft. Sie reichen vom Hin- und Herschieben der Kollegen von einem Proseminar zum anderen, von einer Lehrkahzel zur anderen (z.B. am Pädagogischen Institut - von 3 Lehrkanzeln gibt es nur eine, die im Proseminar keine Teilnahmebeschränkungen bzw. p.A.s hat und diese wundert sich dann, wo so viele Kollegen herkommen) - über die Einführung von immer schwereren Bedingungen des Aufsteigens von einer Stufe zur anderen (z.B. Geschichte: Vorlesung - Proseminar - Seminar - ...; Pädagogik ist geplant, eine Art Seminaraufnahmeprüfung einzuführen) - bis zur Auslese der Hälfte der Studienanfänger schon im ersten Semester und der schweren Behinderung im Studienfortgang (z.B. Medizin; von der Juridischen Fakultät berichtete die "Presse" im August hocherfreut, daß es in einzelnen Übungen gelungen ist, bis zu 80 % der Kollegen hinauszusäubern.)

Alle diese Maßnahmen sind gekennzeichnet durch bürokratische Aufnahmemanöver und durch die scharfe Auslese und Kontrolle der Kollegen durch dauernde und immer schikanöser werdende Prüfungen.
Diese Maßnahmen sind zusammengefaßt im sogenannten Assistentenerlaß, durch den das Ministerium den Instituten genaue Richtlinien für die Durchführung der Hochschulreform liefert nach der Parole: Sparen und Rationalisieren! Diese Maßnahmen sind die Vorbereitung bzw. Durchführung der neuen Studienordnungen auf "kaltem Weg".

2. Die zweite Ebene ist der Beschluß von neuen Studienordnungen für alle Studienrichtungen der Philosophischen Fakultät. Diese werden vom Ministerium verordnet und auf ihrer Grundlage haben die Studienkommissionen den gesetzlichen Auftrag, genaue Studienpläne zu beschließen.

Diese Studienordnungen bzw. Studienpläne bringen im allgemeinen eine Verdoppelung der Pflichtstunden (Germanistik, Historiker, Sozilogen) und eine genau gestufte Abfolge der zu besuchenden Lehrveranstaltungen. Das bedeutet, daß die ohnehin geringe Möglichkeit der Auswahl der Lehrveranstaltungen und der selbstständigen Gestaltung des Studienablaufes völlig ausgeschaltet wird. (Im Pädagogik-Hauptfach z.B. sind in den ersten 4 Semestern von 40 Pflichtstunden 4 Stunden "Freifächer" vorgesehen..)

Zu dieser Frage heißt es in einem Rundschreiben des Wissenschaftsministeriums: "Im Hinblick auf die beschränkten finanziellen Mittel bedeutet die Einräumung des Vorranges für bestimmte Typen von Lehrveranstaltungen ("lernintensiven"; die Red. Vgl. den Artikel zum Proseminar am Pädagogischen Institut sowie KHZ Juni 74) *bedauerlicherweise, daß andere Anliegen, mögen sie noch so wünschenswert sein, zugunsten des Notwendigen zurückgestellt werden müssen. Diese Erwägungen werden dazu führen müssen, daß zugunsten der oben erwähnten Lehrveranstaltungen etwa wünschenswerte, aber nicht vorgeschriebene Spezialgebiete zurückgestellt werden müssen, aber*

und Physik

färberischen Reden der Professoren und des Ministeriums einseifen lassen, sondern die ganze Reformiererei, mit der der Staat das Studium auf dem Rücken der Studenten effektivieren will, entschieden ablehnen. In der HV der Mathematikstudenten wurde diesbezüglich eine Resolution einstimmig verabschiedet; in der HV der Physikstudenten war die Zeit zu kurz, um eine entsprechende Resolution breit zu debattieren und zu beschließen. Die HV wurde vertagt.

Aber wie kann man solchen Resolutionen Nachdruck verleihen?
Einerseits müssen wir allen Verschärfungen, die in Vorwegnahme der neuen StOs schon heute auf kaltem Weg durchgeführt werden bekämpfen.
So war es sehr gut, daß auf der HV der Mathematiker die p.A.s zu den Seminaren, die insbesondere bei den Lehramtskandidaten der Selektion und Einschüchterung dienen, verurteilt wurden. In der Studienrichtung Physik kommt es entscheidend darauf an, den Prüfungsverschärfungen in der Lintnervorlesung wie überhaupt dem Kolloquium über diese Vorlesung als Voraussetzung für das Anfängerpraktikum entgegenzutreten.

Andererseits müssen wir am ganzen Institut den Widerstand gegen die neuen StOs insgesamt organisieren. Auf beiden HVs wurde ein eintägiger Streik in Erwägung gezogen. Es wurde beschlossen, durch eine breite Debatte unter den Studenten eine gemeinsame HV der Mathematik- und Physikstudenten vorzubereiten, auf der über einen solchen Streik beschlossen werden soll. So ein Streik kann eine ausgezeichnete Sache sein. Denn für das Ministerium bleiben alle Resolutionen der Studenten - wie es sich gerade bei der DiplomStO-Physik im vorigen Jahr gezeigt hatte, ein Fetzen Papier, solange die Studenten nicht aktiv für ihre Forderungen eintreten.
Die Pläne des Ministeriums, den Druck auf die Studenten unheimlich zu erhöhen und auf der Hochschule eine Friedhofsruhe herzustellen, werden nicht aufgehen.

MLS Zelle Mathematik/Naturwissenschaften

beschlossen als Krönung der Hochschulreform und als allgemeine Institutionalisierung dessen, was wir jetzt auf der Ebene der Institute und Studienrichtungen bereits zu spüren bekommen.

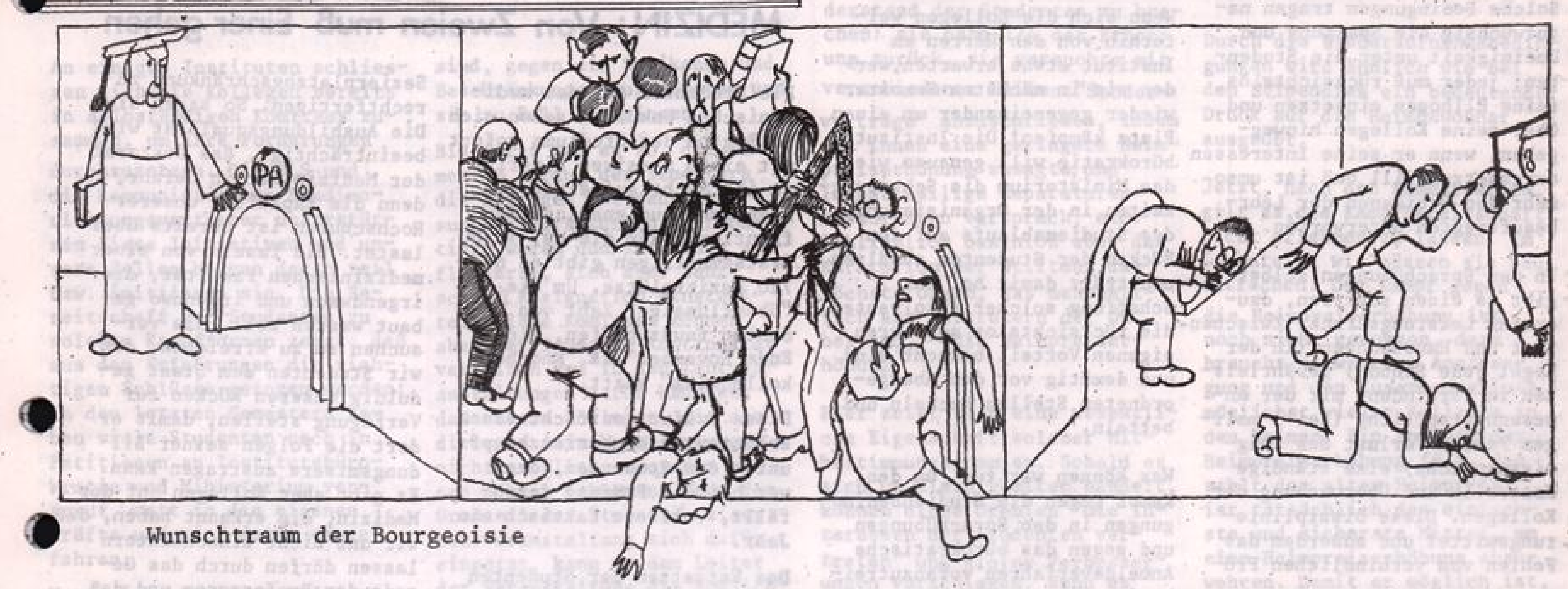
Mit all diesen Maßnahmen soll die Krise, in der sich die Universitäten der Bourgeoisie gegenwärtig befinden - der Übergang vom sogenannten "Bildungsnotstand" zur sogenannten "Bildungsexplosion" - die sich immer mehr verschärft, auf den Rücken der Studenten abgewälzt werden. Die Richtung, in die das ganze hintreibt, ist bereits ersichtlich an den Aufnahmestopps für die ausländischen Kollegen: Numerus Clausus!

Viele Kollegen sagen angesichts dieser Situation: Die Schwierigkeiten sind doch reale Schwierigkeiten - der Geldmangel, der Platzmangel, der Mangel an Lehrkräften usw. - das müssen wir doch verstehen; es kommt halt nicht jeder durch. Viele kapitulieren, gehen zuerst nebenbei arbeiten und geben schließlich das Studium ganz auf - oft mit dem Argument: "Ich bin halt zu blöd dazu, es ist nicht jeder zum Akademiker geeignet und es werden außerdem nicht soviel gebraucht." Diese Meinung ist falsch! Es ist genau die Meinung, die die Bourgeoisie über ihre Massenmedien produziert und die darauf beruht, daß die Hochschulausbildung im Interesse des Volks liege, daß die Studenten ein "Einsehen" mit den Problemen der Bourgeoisie haben sollen.

Das Argument: "Es studieren zu viele, die 'Gesellschaft' braucht nicht soviele Akademiker" wird an vielen Studienrichtungen lanciert. Dieses Argument ist durch und durch Heuchelei und Lüge. Die bürgerliche Klasse hat sich noch nie darum gekümmert, wie viele Ärzte, Lehrer, Wissenschaftler usw. das Volk braucht, sondern immer nur darum, wieviele sie selbst zur Aufrechterhaltung ihrer Profitwirtschaft braucht und wieviele sie imstande ist, bei minimalstem Anzapfen der Staatskasse, deren Inhalt sie dem Volk geraubt hat, in ihren Universitäten auszubilden.
Quantität und Qualität der Ausbildung bestimmen sich einfach aus den Notwendigkeiten der Bourgeoisherrschaft. Und was die Arbeitsplätze betrifft, so ist die Situation heute gerade so, daß es auch für die werktätige Intelligenz den "sicheren Arbeitsplatz" längst nicht mehr gibt.

Wir sagen: Die Bildungskrise ist der Ausdruck und das Produkt der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft, die gegenwärtig schon in allen Fugen kracht und die schleunigst beseitigt werden muß. Die Bourgeoisie will uns zu ihren privilegierten Parteigängern und Offizieren ausbilden und sie will diese Ausbildung in den Griff bekommen. Gegen diese Ausbeildung im Dienste des Kapitals wehren wir uns. Mit den Gründen, wie und warum die Bourgeoisie so oder so handelt, haben wir gar nichts zu schaffen. Jeder, der sich durch die höhere Schulausbildung durchgebissen und ein "Reife"zeugnis erworben hat, hat das Recht darauf zu studieren, und um dieses Recht kämpfen wir auch.

Diesen Kampf können wir nur führen, wenn wir die Spaltung und Zersplitterung überwinden, die durch die Studienbedingungen und ihre weitere Verschlechterung in unsere Reihen getragen wird. Das können wir nur, indem wir uns zusammenschließen und in jeder einzelnen Frage, in der unsere Rechte eingeschränkt werden, den Kampf auf der Linie führen: FREIEN ZUGANG ZU ALLEN LEHRVERANSTALTUNGEN!



Wunschtraum der Bourgeoisie

GEGEN DIE ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNGEN....

auch daß von einer größeren Zahl von Wahlfächern nicht alle, sondern nur die wichtigsten durch die Erteilung besonderer Lehraufträge abgedeckt werden". Klartext: Reglementierung und Rationalisierung!

3. Die dritte Ebene ist das Universitätsorganisationsgesetz (UOG), das zur Zeit noch im Hintergrund lauert und dessen Bedeutung deshalb leicht aus den Augen verloren wird. Es soll den gesamten Universitätsbetrieb nach den Methoden des "modernen Managements" regeln und die Wissenschaft und ihre Träger unter die direkte Kontrolle des Ministeriums und damit des bürgerlichen Staats stellen. Damit soll eine einheitliche Bildungspolitik ermöglicht und den Ordinarien das eigenmächtige "Arbeiten in die eigene Tasche" verwehrt werden (Private Forschungsaufträge).
Gleichzeitig soll dem Prozeß der ideologischen und politischen Lösung der Studenten von der Bourgeoisie ein Riegel vorgeschoben und zu diesem Zweck die politische Betätigung bedeutend eingeschränkt bzw. verboten werden. Dieses Gesetz wird mit ziemlicher Sicherheit im Sommersemester im Parlament

Fortsetzung Seite 7

ANGLISTIK: Gegen die Spaltung und Kontrolle der Studenten durch die Sprachübungen

In der zweiten Septemberwoche hat wieder jenes Ereignis stattgefunden, das für die Anglistik-Studenten den zeit- und nervenaufreibenden Semesterauftakt bedeutet: die Anmeldung zu den "Englischen Sprachübungen". Die Sprachübungen bestehen aus sechs Stufen, die jeder absolvieren muß - eine nach der anderen, also sechs Semester hindurch. Sechs Semester allerdings nur wenn man Glück hat, denn wer auch nur bei einer Stufe durchfällt, verliert ein Semester. Die beschränkte Teilnehmerzahl sowie die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Sprachübungen schaffen ein Konkurrenzverhältnis unter den Studenten. Für die Anmeldung stellen sich hunderte Studenten stundenlang an, zum Teil bereits am Abend vorher. Jeder will der erste sein und hat Angst, daß ihn seine Kollegen überlisten und vorher da sind. Mit Schlafsäcken und Decken übernachten einige sogar auf der Universität. Durch frühes Anstellen suchen sich die Kollegen die Chance zu sichern, in d i e Sprachübung zu kommen in die sie wollen - oder zumindest nicht gerade in die, die sie am allerwenigsten wollen. Solche Bedingungen tragen naturwüchsig die Spaltung und Uneinigkeit unter die Studenten; jeder muß rücksichtslos seine Ellbogen einsetzen und über seine Kollegen hinweggehen, wenn er seine Interessen durchsetzen will und ist umsomehr den Schikanen der Lehrbeauftragten unterworfen.

In den Sprachübungen selbst gibt es einen scharfen, dauernden Leistungsdruck: Zwischentest und Hausübungen (in der Regel jede Stunde) gewährleisten in Verbindung mit der Anwesenheitspflicht (bei 3-maligem Fehlen Verlust des Zeugnisanspruchs) eine ständige Kontrolle und Überwachung der Kollegen. Diese Disziplinierungsmittel und außerdem das Fehlen von verbindlichen Prüfungskriterien liefern die Studenten der Willkür der einzelnen Lehrbeauftragten aus und jedem, der die Bestimmungen nicht erfüllt, sitzt noch der Vorwurf im Nacken, einem anderen Kollegen den Platz wegzunehmen.

DIE STUDENTEN MÜSSEN AKTIV FÜR IHRE RECHTE EINTRETEN

Auf Hörerversammlungen im vergangenen Semester kam der Unmut der Studenten über das Anmeldeverfahren das erste Mal organisiert zum Ausdruck. Es wurden Forderungen beschlossen, insbesondere gegen die beschränkte Teilnehmerzahl, gegen die festgelegte Reihenfolge und gegen die Anwesenheitspflicht in den Sprachübungen. Es hat sich aber gezeigt, daß es nichts hilft, Forderungen zu beschließen wenn man nicht gleichzeitig Schritte beschließt, um diese Forderungen gegenüber der Institutsbürokratie auch durchzusetzen. Deshalb hat sich bis jetzt noch nichts geändert und in diesem Semester stehen die Kollegen wieder vor der Institutstür und jeder paßt auf, daß niemand seinen Namen von der Liste streicht.

Wenn sich die Kollegen weiterhin von den Herren am Institut etwas erwarten, werden sie im nächsten Semester wieder gegeneinander um einen Platz kämpfen! Die Institutsbürokratie will genauso wie das Ministerium die Schwierigkeiten in der Organisierung des Studienablaufs auf den Rücken der Studenten abwälzen und trägt damit bei zur Schaffung solcher Absolventen, die rücksichtslos auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind und demütig vor den übergeordneten Stellen buckeln und betteln.

Was können wir tun, um den Kampf gegen die Studienbedingungen in den Sprachübungen und gegen das bürokratische Anmeldeverfahren voranzutreiben?



Hunderte Studenten stellen sich die ganze Nacht für die Anmeldung an.



So dicht gedrängt stehen die Anglistik-Studenten vom 2. bis zum 4. Stock des NIG!

Diskutieren wir in den Sprachübungen und in allen anderen Lehrveranstaltungen über diese Studienbedingungen und nehmen wir die Schikanen zum Anlaß, um die Auseinandersetzung über Sinn und Zweck eines solchen Studiums zu führen. Gewinnen wir möglichst viele Kollegen für die Unterstützung der Forderungen:

- *Weg mit der beschränkten Teilnehmerzahl und der persönlichen Anmeldung!*
- *Weg mit der festgelegten Reihenfolge!*
- *Weg mit der Anwesenheitspflicht!*
- *Freier Zugang zu allen Sprachübungen!*

Alle fortschrittlichen Studenten, die bereit sind, aktiv für diese Forderungen einzutreten, sollen sich in der Institutsgruppe Anglistik zusammenschließen und eine breite Basis für Aktionen zur Durchsetzung unserer Forderungen schaffen.

W.St.

(Zelle Anglistik)

MEDIZIN: Von Zweien muß Einer gehen

Die Studenten auf der medizinischen Fakultät sehen sich zu Beginn des Studiums sofort mit einem massiven Eingriff in ihr Recht auf einen geregelten Studienablauf konfrontiert. Für die ca. 1.200 Erstsemestrigen gibt es nur 720 Sezierplätze. Um die "überflüssige" Zahl von Studenten rauszuprüfen, findet Ende November das "Knochenkolloquium" statt.

Diese Prüfung entfacht einen erbitterten Konkurrenzkampf unter den Studenten, denn wer bei der Prüfung durchfällt, verliert faktisch ein Jahr.

Das Entsetzen der Studenten über diesen indirekten Numerus Clausus ist groß. Von Tag zu Tag steigt der Druck, unter dem sie stehen, denn der Prüfungsstoff, der am Anfang so klein ausgesehen hat, wächst ständig. Und die Professoren Zenker und Ferner erlauben sich noch die Frechheit zu behaupten, die Prüfung sei "harmlos" und "jeder, der etwas gelernt hat, kommt bei mir durch". In Wirklichkeit ist es aber so, daß nur 720 Studenten durchkommen können - da hilft alles Strebern nichts!

Die Professoren haben auch technische Argumente, um die Sezierplatzbeschränkung zu rechtfertigen. So sagen sie: Die Ausbildungsqualität wird beeinträchtigt, das Doktorat der Medizin ist in Gefahr, denn die Kapazität unserer Hochschulen ist bereits überlastet. Sie faseln von einer medizinischen Fakultät, die irgendwann und irgendwo gebaut werden soll. Sie versuchen so zu erreichen, daß wir Studenten dem Staat geduldig unseren Rücken zur Verfügung stellen, damit er dort die Folgen seiner Bildungsmisere austragen kann. Es gibt aber Kollegen auf der Medizin, die erkannt haben, daß wir uns nicht einschüchtern lassen dürfen durch das Gerede der Professoren und daß jeder Student das Recht auf einen Sezierplatz hat. Sie haben erkannt, daß individuelles Durchwursteln keine Änderung der Situation herbeiführt, sondern daß wir gemeinsam einen Kampf um dieses Recht führen müssen.
Sie haben sich im "Komitee gegen die Sezierplatzbeschränkung" zusammengeschlossen. Dieses Komitee hat die Aufgabe, möglichst viele Studenten - nicht nur Mediziner- für den Kampf gegen die Sezierplatzbeschränkung zu gewinnen und den Kampf anzuleiten. Bedingung zur Teilnahme an diesem Komitee ist einzig die Bereitschaft,

aktiv gegen die Sezierplatzbeschränkung zu kämpfen. Als erstes plant das Komitee eine Unterschriftenaktion durchzuführen. Mit dieser Unterschriftenaktion wollen wir unsere Forderungen möglichst vielen Studenten bekanntmachen und sie für eine Teilnahme am Kampf gewinnen.

Wir dürfen nicht den Fehler wiederholen, den wir letztes Jahr machten, als wir die damals gesammelten Unterschriften an das Ministerium schickten und glaubten, dadurch etwas erreichen zu können. Natürlich hat die Frau Minister niemals von sich hören lassen!

Wir müssen klar sehen, daß sich unser entschiedener Kampf gegen das Ministerium und die Hochschul-Bürokratie richten muß und daß wir nicht auf Petitionen hoffen dürfen oder den Versprechungen Glauben schenken, daß eh "alles für die Studenten nur irgendwie mögliche" getan werde.

Daß der Kampf gegen Zulassungsbeschränkungen auf der Medizin durchaus erfolgreich verlaufen kann, zeigt uns das Beispiel unserer Freiburger Kollegen:

Im Kampf gegen eine Numerus-Clausus-Maßnahme haben sie Kundgebungen auf der Universität und in der Stadt durchgeführt, wo sie die Bevölkerung für die Unterstützung ihres gerechten Kampfes gewannen und über 10.000 Unterschriften sammelten. Dadurch haben sie die Uni-Bürokratie so in die Enge getrieben, daß die N.C.Bestimmungen aufgehoben wurden.

Lernen wir am Beispiel unserer Freiburger Kollegen!

Schließen wir uns zusammen und kämpfen wir gegen die Sezierplatzbeschränkung!

WEG MIT DER SEZIERPLATZBESCHRÄNKUNG!

FÜR FREIEN ZUGANG ZU ALLEN LEHRVERANSTALTUNGEN!

c.l.
(Zelle Medizin)

GEGEN ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNGEN....

An einigen Instituten schliessen sich die Kollegen bereits in selbständigen Komitees zusammen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die MLS und die kommunistischen Studienrichtungsvertreter unterstützen diese Initiativen und unsere Zellen nehmen daran teil bzw. initiieren sie. Die Bereitschaft der Studenten zu solchen Kampfformen zeigt, daß aus den Erfahrungen die richtigen Schlüsse gezogen werden: In den letzten Semestern haben viele Studenten noch in Petitionen an Institutsbürokratie und Ministerium vertraut, statt in die eigenen Kräfte und sind damit eingefahren.

Wenn diese Komitees Erfolge erzielen wollen, müssen sie in erster Linie den Kampf um die Meinung der Kollegen aufnehmen und eine breite Auseinandersetzung darüber führen, ob es notwendig ist, gemeinsam und entschlossen den Kampf aufzunehmen oder ob es besser ist, ein "Einsehen" mit den Problemen der Bourgeoisie zu haben und sich individuell mit Tricks, Schwindeleien usw. durchzuwursteln. Das Ziel muß sein, an den jeweiligen Instituten eine breite Aktionseinheit aller Kollegen herzustellen, die gegen die bürokratische Reglementierung und Kontrolle sind, und die bereit sind, überall wo Studienkollegen versammelt sind, gegen die Schikanen und Beschränkungen aufzutreten und sie zu Fall zu bringen.

Bis jetzt war es so, daß immer am Anfang des Semesters die Kollegen mit den Zulassungsbeschränkungen konfrontiert waren und ihr Unmut aufflackerte, sich aber sehr schnell Resignation einstellte. Solche Komitees können aber der Bewegung Kontinuität verleihen und in den Lehrveranstaltungen dafür kämpfen, daß solche Kollegen, die die diversen Aufnahmebedingungen nicht erfüllen, trotzdem einen Schein bekommen. Wenn der Großteil der Studenten einer Lehrveranstaltung sich dafür einsetzt, kann er dem Leiter der Veranstaltung die Möglichkeit nehmen, willkürlich und bürokratisch Kollegen von der Prüfung auszuschließen.

Nur wenn wir uns jetzt schon an den Instituten in einer breiten Aktionseinheit zusammenschließen, wird es uns auch gelingen, die nötige Ausgangsposition zu schaffen, um den umfassenden Angriffen, die sich in der nächsten Zeit rapide verschärfen werden, entgegentreten zu können, ohne Schläge einzustecken, die wir nicht verkraften können. Wenn wir uns dagegen die Köpfe der Bourgeoisie zerbrechen, wie es die bürgerlichen Führer in der ÖH tun, werden wir allen Angriffen hilflos gegenüberstehen.

L.L.

Weg mit der Heimpreiserhöhung

In zahlreichen Studentenheimen wurden zu Ende des letzten Semesters die Heimpreise erhöht. Die Geschäftsleitungen hofften, daß sich die Studenten über die Sommerferien schon damit abfinden würden.

Daß sie sich dabei verrechnen werden, zeigt das Beispiel der österreichischen Studentenförderungsstiftung.

Als die erste Nachricht von einer Erhöhung der Heimpreise um ÖS 100,- auftauchten, versuchten die Studenten, die Geschäftsleitung in Verhandlungen von ihrem Vorhaben abzubringen. Die Studenten sahen ja, daß die Stiftung durchaus nicht am Hungertuche nagt, sondern vielmehr kräftig "wächst". In den letzten Jahren hat die Stiftung fast jedes Jahr ein neues Heim fertig gestellt. Von den Baukosten wird nur ungefähr die Hälfte durch Subventionen gedeckt, den Rest muß die Stiftung selbst, v.a. über Wohnbaukredite aufbringen. Die Geschäftsleitung ließ sich aber nicht weichklopfen; sie wußte genau was sie wollte. Mit allen Tricks versuchte sie den Widerstand der Studenten zu brechen: sie nahm 1/4 der Erhöhung zurück, sie versuchte mit verschiedenen Heimen "Sonderverträge" abzuschließen, indem sie ihnen eine geringere Heimpreiserhöhung zusagte, und längst fällige Reparaturen auszuführen versprach, etc. Schließlich beschloß aber das Kuratorium der Stiftung, das höchste Organ, das mehrheitlich aus Vertretern der ÖH bestand, - die Heimpreiserhöhung.

Hier zeigt sich eine wesentliche Eigenschaft solcher Mitbestimmungsgremien. Sobald es sich um Kleinigkeiten handelt, können diese Gremien "die Interessen der Studenten vertreten" und kleine Verbesserungen vorschlagen. Wenn es aber um etwas geht, was wirklich fundamentale Interessen der Studenten betrifft, dann geben sich die dort sitzenden Reaktionäre "verantwortungsbewußt" gegenüber den Bestimmungen, die die Rechte der Studenten mißachten.

Das Beispiel der Stiftung zeigt wiederum, daß das Vertrauen der Studenten in derlei "Vertreter" sehr rasch in Erbitterung und Empörung umschlägt.

Nach Bekanntgabe der Heimpreiserhöhungen wurde nämlich in zahlreichen Heimversammlungen, in denen die Studenten gegen diese Maßnahme protestierten, beschlossen, den alten Heimpreis weiterzuzahlen. Ganze Heime, die sonst eher still und friedlich sind, forderten die Durchführung einer Demonstration, zu der es wegen Zeitmangels, es war Ende Juni, nicht mehr kam.

Die Studenten forderten auch das Recht, Aufnahme und Wiederaufnahme in die Heime selbst regeln zu können.

So wie es jetzt ausschaut, sind die Studenten in dieser Beziehung mehr oder weniger rechtlos. Sie können nie wissen, ob sie im nächsten Jahr wieder aufgenommen werden. *Außerdem nimmt die Geschäftsleitung nicht ungern Kinder von Direktoren, Kapitalisten und anderen "bedürftigen" Leuten bevorzugt in die Heime auf.*

Durch die Wiederaufnahmebedingungen wird ähnlich wie bei den Stipendien ein bedeutender Druck auf die Heimbewohner ausgeübt.

Jetzt, nach den Sommerferien, gilt es, die Kampfbereitschaft nicht erlahmen zu lassen. Im Gegenteil, wir müssen sie neu entfachen. Der Kampf gegen die Heimpreiserhöhung ist noch nicht gewonnen, dazu braucht es weitere Anstrengung und den Zusammenschluss möglichst vieler Kollegen in den Heimen. Ein Boykott der Heimpreiserhöhung (d.h. man zahlt den alten Heimpreis) ist tatsächlich das einfachste und sicherste Mittel, um eine Heimpreiserhöhung abzuwehren. Damit er möglich ist, muß die Mehrheit der Bewohner eines Heimes daran teilnehmen. Vor der geschlossenen Front der Studenten ist die Geschäftsleitung machtlos. Und dies gilt nicht nur in Fragen, wo es um die Abwehr einer Heimpreiserhöhung, sondern auch wo es um die Rechte der Studenten in deren Heimen geht.

H.



Durchsetzung der HS-Reform am historischen Institut

In Bälde wird auch für das Geschichte-Studium eine neue STO in Kraft treten.
Schon seit mehreren Semestern verschärft und verschlechtern sich die Studienbedingungen für die Geschichte-Studenten zusehends - wir sollen langsam aber sicher auf die neue STO und den neuen Studienplan vorbereitet werden:
- Für praktisch alle Pflicht-Proseminare und Einführungsveranstaltungen gibt es Aufnahmebeschränkungen und PA's. Zu Ende dieses Sommersemesters z.B. standen auf den Anmeldelisten für die Proseminare und Seminare im Wintersemester bereits 5o-8o Namen; wer später kam, wurde - wenn überhaupt - auf "Hoffnungslisten" gesetzt oder durfte zu den Professoren bitten und betteln gehen - meist erfolglos. Sie verlieren halt ein Semester. Den Studenten, die es diesmal noch geschafft haben, wo hineinzukommen, vergeht das Lachen aber auch bald.
- Der Leistungs- und Prüfungsdruck und die damit einhergehende verstärkte Disziplinierung der Studenten in den einzelnen Lehrveranstaltungen wird immer größer. Ein gutes Beispiel dafür sind die Einführungsvorlesungen für die Erstsemestrigen:
während man früher eine Arbeit schrieb, für die man dann seinen Schein erhielt, gab es im WS 73/74 bereits 2 schriftliche Hausaufgaben und die Abschlußprüfung. Mit der Begründung: zuviele Hörer und zuwenig Überprüfungsmöglichkeit der Leistung.
Im SS 74 gab es wieder "zuviel" Erstsemestrige und bereits 5 (!) geschmalzene Hausarbeiten, für die Bücher bis zu 4oo Seiten in zwei Wochen durchzuarbeiten waren und zusätzliche Lektüre eines umfangreichen Sachbuches, sowie zwei Zeitschriften, davon eine fremdsprachige und die Abschlußprüfung, für die man "alles" können mußte.
Beide Male waren zu Beginn des Semesters weitere Einführungen angekündigt worden, um die Unruhe unter den Studenten zu dämpfen. Das fiel dann einfach still und leise unter den Tisch, sodaß sich in den Kursen an die 1oo Studenten auf kleinsten Raum drängten, bis auf den Gang hinaus saßen und um jeden Stuhl raufen mußten. Für den Fall, daß jemand auf den Gedanken kam, diese untragbaren Zustände zu kritisieren und sich gegen die immensen Leistungsanforderungen aufzulehnen, die jedes Nachdenken über das Gelesene unmöglich macht, wurde gleich zu Beginn einer Einführung mit einem "Zwischentest" gedroht, der den "ruhigen" Verlauf der Lehrveranstaltung sichern und "Störefriede" schon am Anfang des Semesters hinaussäubern sollte. Damit sollten die Studenten gegeneinander aufgehetzt und in solche, "die lernen wollen" und andere "die Unruhe stiften" gespalten werden.

So und ähnlich war es auch in allen anderen Lehrveranstaltungen. Und in diesem Semester wird und ist es noch schlimmer.
Das bürokratische Chaos ist noch größer, auf der Warteliste für die Proseminare stehen über 4o Studenten, auf den einzelnen Listen für die Einführung bis zu 12o und mehr (!) Namen. Es wurden aber bisher (7.1o.) keinerlei Anstalten gemacht, weitere Kurse durchzuführen und die Vorlesungen beginnen alle schon.

Die Studenten werden immer unruhiger, unzufriedener. Da nützt es auch nichts, wenn von Institutsleitung und Professoren zu Semesterbeginn eine "öffentliche Studienberatung" veranstaltet wird (wie am Donnerstag, den 3.1o.74), wo kein Wort über die Wartelisten, über die überfüllten Lehrveranstaltungen, den Leistungsdruck und die Unterdrückung kritischer Meinungsäußerungen verloren wird, sondern das Institut als ruhiger Hort des Studiums und der Wissenschaft gepriesen und vorgegaukelt wird, daß alles in bester Ordnung sei.

MLS-Zelle Historiker

PÄDAGOGIK - PROSEMINAR:

Hochschuldidaktik - eine Antwort der Bourgeoisie auf die Rebellion der Studenten

Das Pädagogische Institut spielt schon seit längerem die Rolle einer Speerspitze der Hochschulreform, vor allem im Proseminar der Lehrkanzel Heitger wird schon seit ca. 3 Semestern eifrig experimentiert, wie man die Studenten am effektivsten bei der Stange halten kann. Zu erst wurde es mit offenem, unverhülltem Druck versucht: jede 2. Stunde eine schriftliche Prüfung. Als dies auf den Widerstand der Studenten stieß, steckten sie zurück und verringerten vorerst die Zahl der Prüfungen. Die Kollegen hatten anfangs den Test zweimal boykottiert, aber weil aufgrund von schweren Fehlern der Institutsgruppe keine einheitliche Bewegung zustandekam konnte die Forderung "Weg mit dem Test!" nicht durchgesetzt werden und die Kollegen verlegten sich auf den passiven Widerstand: Sie erschienen nicht mehr in der Lehrveranstaltung sondern nur noch bei den Tests.

Die Lehrkanzel hat in der Zwischenzeit gelernt!
Da Professor Heitger und sein treuer Assistent Wassitzky die Kontrolle über "ihre" Studenten nicht verlieren wollen und diese gefälligst in der Lehrveranstaltung zu erscheinen haben, wurden jetzt neue Schikanen eingeführt (vgl.Kasten):
- Anwesenheitspflicht
- die schriftlichen Tests finden nach wie vor statt, sie werden aber nicht mehr vorher angekündigt; auch nicht im liebenswürdigen Brief von Wassitzky an die "Sehr geehrte Frau Kollegin" und den "Sehr geehrten Herrn Kollegen"
- als Anmeldebedingung muß jeder einen Fragebogen ausfüllen (vgl. Kasten)

HOCHSCHULDIDAKTIK DIENT DER UNTERDRÜCKUNG

Dieser Fragebogen stellt in verschiedener Hinsicht einen schweren Angriff auf unsere Rechte dar! Jeder Kollege muß als Aufnahmebedingung Rechenschaft ablegen sowohl über seinen Studienverlauf als auch über seine pädagogischen und politischen Auffassungen. (Einer Kollegin, die sich weigerte, den Fragebogen mit ihrem Namen zu versehen, wurde erklärt, daß sie dann eben nicht aufgenommen wird.)
Dieser Fragebogen darf nicht Schule machen, nicht am Pädagogischen Institut und nicht an anderen Instituten!
1. Ermöglicht er eine genaue Kontrolle über den Studienverlauf jedes Kollegen und seine Auffassung über das Studium. Damit werden auch jene ausger→

LESERBRIEF:

Erfahrungen mit der bürokratischen Stipendienvergabe.

Als ich endlich alle Formulare für den Stipendienantrag ausgefüllt hatte und der Meinung war, alles hinter mir zu haben, kam ich bei der Studienbeihilfenstelle an und da ging es erst richtig los.

Obwohl im Merkblatt angeführt wird, dass ein unbeglaubigter Einkommenssteuerbescheid genügt, verlangte man von mir ein Original. Als ich auch das noch nachgebracht hatte, bekam ich weitere zwei Formulare in die Hand gedrückt, welche von Finanzamt und Gemeinde bestätigt werden müssen. Beide Formulare musste ich nach Hause schicken und obendrein kostete das Formular von der Gemeinde auch noch 12 Schilling. Damit nicht genug. Der Herr auf der Studienbeihilfenstelle sagte mir, dass ich auch mit all diesen Formularen kein Stipendium bekommen werde. Ich hätte nämlich im letzten Semester, wo ich ganztägig arbeiten ging und mein Studium noch nicht angefangen habe, nicht inskribieren dürfen. So aber müsste ich auch Zeugnisse vorlegen. Hätte ich nicht inskribiert und nur gearbeitet, bekäme ich jetzt mit dem Maturazeugnis das Höchststipendium. Das wollte der Herr aber nicht einsehen und er bestand darauf, dass ich kein Stipendium bekommen kann. Bestimmungen sind Bestimmungen, wo kommen wir sonst hin. Allerdings könnte ich versuchen, Einspruch zu erheben, davor muss ich allerdings eine Beschwerde an die Studienbeihilfenbehörde schreiben, eine Beschwerde darüber, dass er mir kein Stipendium zusprechen will. Diese beiden Briefe müssen natürlich einen ganz bestimmten Wortlaut haben, den er wisse. Ich muss mir also auch noch die beiden Briefe von ihm diktieren lassen.

z.m.

Diese bürokratische Schikanierung erleben viele Kollegen und sicher gibt es viele, die dabei resignieren und dann nicht einmal das ohnehin zu niedrige Stipendium bekommen. Deshalb müssen wir fordern: EINFACHES ZUTEILUNGSVERFAHREN UNTER KONTROLLE DER GEWÄHLTEN STUDENTENVERTRETER !

In der Ankündigung des Proseminars I schreibt Assistent Dr. Wassitzky folgendes:

"Sehr geehrte Frau Kollegin !
Sehr geehrter Herr Kollege !

...Das Proseminar ist methodisch auf ihre Mitarbeit aufgebaut. Verlangt wird von Ihnen, daß Sie
1. regelmäßig teilnehmen,
2. mindestens ein Kurzreferat halten, zu dem Sie ein entsprechendes Arbeitspapier vorbereiten,
3. daß Sie im Proseminar I oder II eine schriftliche Arbeit fertigstellen und
4. über den gesamten Stoff Bescheid wissen.
Das Proseminar hat immanenten Prüfungscharakter: alle für die Bestätigung einer positiven Teilnahme an der Lehrveranstaltung notwendigen Leistungen müssen Sie bis zum 31.Jänner 1975 erbracht haben...

...Der Besuch des Proseminars ist an keine andere Bedingung als an die der persönlichen Anmeldung gebunden. Diese erfolgt durch Abgeben des Fragebogens, der zu einer möglichst guten Planung der Lehrveranstaltung dient. Füllen Sie ihn deshalb bitte genau aus und denken Sie auch an die Codierer: schreiben Sie deutlich !...

... Mit freundlichen Grüßen..."

ANMELDUNG ZUR PROSEMINAR 1 404019 und 404020 — NICHT AUSFÜLLEN!

1 NAME ______________
ADRESSE ______________
TELEFON ______________
☐☐☐ 1 2 3

15 Beurteilen Sie inwieweit die folgenden Sätze mit Ihrer eigenen Meinung übereinstimmen. Falls Sie den Inhalt des Satzes ablehnen, machen Sie ein Kreuzchen bei A (Ablehnung); falls Sie dem Inhalt zustimmen, machen Sie ein Kreuzchen bei Z (Zustimmung); falls Ihre Meinung irgendwo in der Mitte liegt, benutzen Sie die entsprechenden mittleren Felder. — NICHT AUSFÜLLEN!

Die Kenntnis der Organisation des Erziehungswesens ist sehr wesentlich.
A ☐ ☐ ☐ Z — ☐63

Eine theoretische Pädagogik, die sich nicht unmittelbar mit der Erziehungswirklichkeit beschäftigt, ist eine wichtige Disziplin.
A ☐ ☐ ☐ Z — ☐64

Ein gut ausgebildeter Psychologe ist meist auch ein guter Pädagoge.
A ☐ ☐ ☐ Z — ☐65

Von der Gesellschaft her besteht wenig Interesse an einer Verbesserung der Erziehungsverhältnisse.
A ☐ ☐ ☐ Z — ☐66

Wer genug von seinem Stoff versteht, kann ihn auch gut vortragen.
A ☐ ☐ ☐ Z — ☐67

Pädagogik ist zwar nicht sehr nützlich und hilfreich, man braucht aber das Zeugnis.
A ☐ ☐ ☐ Z — ☐68

Wissenschaftliche Pädagogik ist nur dann sinnvoll, wenn sie Anleitungen für richtiges pädagogisches Verhalten liefert.
A ☐ ☐ ☐ Z — ☐69

forscht, die der Reglementierung passiven Widerstand entgegensetzen und sich ihr nicht beugen. Aufgrund der Angaben werden die erstsemestrigen und die höhersemestrigen, erfahreneren Kollegen systematisch getrennt und willkürlich verschiedene Gruppen eingeteilt.
2. Dient er der Ausforschung von Kollegen mit unliebsamen politischen Auffassungen, die sich noch nicht durch offenes Auftreten "verraten" haben.
3. Der Hauptzweck ist aber die didaktische Planung der Lehrveranstaltung. Der Leiter der Lehrveranstaltung kann sich schon vor deren Beginn ein genaues Bild machen vom Kräfteverhältnis der verschiedenen Auffassungen, mit denen er konfrontiert sein wird. Mit didaktischer Planung ist eine solche gemeint, die allen fortschrittlichen Meinungen von Anfang an scharf entgegentritt, reaktionäre fördert und die Kollegen gegeneinander ausspielt, um das "Lehrziel" schnell und massiv durchzusetzen.
Das geht keineswegs nur mit Gewalt! Vor drei Semestern hat "Kollege" Wassitzky noch mit uns herumgebrüllt - in der Zwischenzeit hat er eine viel bessere Methode gefunden: schmeichlerische Freundlichkeit und - Hochschuldidaktik.

Aufgrund der Antworten auf die Fragen zur persönlichen Meinung wird ausgewertet, welche bei den Kollegen auf besonderes Interesse stoßen und welche nicht - und in der ersten Sitzung des Proseminars hat "Kollege" Wassitzky auch promt festgestellt, daß manche Fragen auf "zu wenig" Interesse stoßen. Nun kann er darangehen, diesen Bereich systematisch zu "verstärken". Das wird zu allem Überfluß als Förderung der "Selbstbestimmung" ausgegeben.

Es zeigt sich aber lediglich, wie sehr die bürgerlichen Pädagogen sich schon den Kopf zerbrechen müssen und wie schwer sie es haben, die Studenten zur "Mitarbeit" zu bringen und welchen Aufwand sie dabei treiben müssen (u.a. brauchen sie für ihre Machenschaften einen eigenen Institutscomputer - aber wenn die Studenten mehr Raum brauchen "ist kein Geld da"). Es ist ihnen natürlich nicht verborgen geblieben, daß die Studenten ihre Wissenschaft größtenteils mit Widerwillen hinunterschlukken, und sind daher gezwungen, mit der Hochschuldidaktik eine ganze Wissenschaft zu entwickeln, um sich die Beteiligung der Studenten zu erschleichen. Weiters zeigt dieser Fragebogen wie alle anderen Reglementierungsmaßnahmen auch, daß es sich dabei um eine "Mitarbeit" handelt, die nur mittels Druck, politischer Bespitzelung und gruppendynamischer Tricks durchzuführen ist!
J. Beck ein fortschrittlicher westdeutscher Pädagogikprofessor hat das Wesen der Didaktik hervorragend getroffen, als er davon sagte: "Zuckerbrot und Peitsche!"

L.L./H.G.
(Zelle Pädagogik)

Fernsehaufnahmen an der Angewandten

Eine Woche nach der Aufnahmsprüfung kam - höchstwahrscheinlich auf Wunsch des Professorenkollegiums - ein Aufnahmeteam des ORF in die Meisterklasse Prof. Tasquil um die Studenten zur Aufnahmsprüfung und zum Kunsterzieherstudium zu befragen.
Vor Beginn der Aufnahmen ließ sich Prof. Tasquil, der mit der Durchführung der neuen Studienordnung für die Studienrichtung Kunsterziehung an der Hochschule für angewandte Kunst betraut ist, eine Liste der Fragen vorlegen und vertrat dazu ausführlich seinen Standpunkt. In seiner Anwesenheit durften sich dann seine Studenten in Interviews zu diesen Fragen äußern. Eine Kollegin, die über den von ihrem Meister gesteckten Rahmen hinausging und dabei ihren eigenen Standpunkt vertrat, wurde von Prof. Tasquil nachher zur Rede gestellt, warum sie nicht wie früher seiner Meinung sei - sie solle doch vielleicht lieber woanders studieren.
Die meisten Studenten hatten keine Ahnung von diesen Fernsehaufnahmen. Offensichtlich hatten die Organisatoren die Absicht, eine große Anzahl von Studenten, die sich gerne zu diesen Thema geäußert hätten, nicht zu Wort kommen zu lassen.

G.R.

Kunstakademie: Protest der Studenten gegen den NC

Am Freitag, den 4. 1o. hat das Professorenkollegium der Akademie für Angewandte Kunst die Zahl derjenigen Bewerber bekannt gegeben, die die Aufnahmeprüfung bestanden haben. Von ca. 3oo Kollegen, die zur Prüfung zugelassen worden sind, sind es 14o, die studieren dürfen. An der Akademie der Bildenden Kunst am Schillerplatz ist die Aufnahmesperre noch schärfer. Schon während der 4 Tage dauernden Begutachtung der künstlerischen Arbeiten, wobei sich täglich 5o Kollegen einzeln dem Professorenkollegium stellen mußten, sind mehr als 12o Bewerber abgewiesen worden. Kollegen, die hier noch heil davon kamen, mußten sich in den folgenden drei Tagen einer ganztägigen, klausurartigen Prüfung unterziehen. Hier ist wieder gesiebt worden. De facto können jetzt von ca. 25o Bewerbern 6o Kollegen studieren. Die Aufnahmeprüfung hat sich an beiden Akademien als offener Numerus Clausus für in- und ausländische Studenten bestätigt.

Der Numerus Clausus an den Kunstakademien ist schon lange Tradition, wobei jedes Jahr die Aufnahmebedingungen verschärft werden. Die Bourgeoisie begründet ihn damit, daß nicht jeder Bewerber gleich talentiert sei, und überdies nicht genügend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Das vertieft die Konkurrenz unter den Studenten und verstärkt ihre Spaltung. Sie lassen sich dadurch relativ leicht den Maßnahmen der Prüfung unterordnen. Praktisch sieht das so aus, daß sich jeder "Meister" selbst seine Schüler wählt. Die Kriterien der Aufnahme sind dann subjektive, für den Bewerber undurchsichtige Spekulationen über sein künstlerisches Vermögen durch die "Meister".

DIE STUDENTEN ORGANISIEREN SICH GEGEN DIE AUFNAHMEPRÜFUNG

An der Akademie für Angewandte Kunst haben fortschrittliche Kollegen ein Flugblatt ausgearbeitet, indem sie die *Forderung nach Abschaffung der Aufnahmeprüfung, nach freier Inskription, und nach freier Wahl der Studienrichtung* erhoben. Obwohl der Unmut über die Aufnahmeprüfung sehr groß war, hoffte doch ein jeder, unter den letztlich Auserwählten zu sein, was die Konkurrenz vertiefte und die Unterordnung unter die NUMERUS CLAUSUS-Bedingungen erleichterte. Auch nach der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse gelang es nicht, alle Kollegen zusammenschließen und unter ihrem Druck das Professorenkollegium zu zwingen, in der Aula zu erscheinen und zu den Forderungen Stellung zu nehmen, da die Spaltung in Abgewiesene und Aufgenommene und die Niedergeschlagenheit der abgewiesenen Bewerber nicht überwunden werden konnte.

An der Akademie der Bildenden Künste waren die Bedingungen, eine Bewegung gegen die Aufnahmeprüfung zu organisieren, günstiger. Die täglich bei der Begutachtung der künstlerischen Arbeiten abgewiesenen Studenten sammelten sich, berieten Kampfschritte und gründeten ein Komitee. Die Taktik ging dahin, die Spaltung der Kollegen aufzuheben, sie auf der Linie der obigen Forderungen zusammenzuschließen um das Professorenkollegium und das Ministerium zwingen zu können, den NUMERUS CLAUSUS aufzuheben. Gerade diese Aufgabe konnte in der Praxis nicht gelöst werden. Die Agitation war sehr oberflächlich, die Forderungen wurden kaum verankert; die Konkurrenz der Bewerber selbst war das größte Hindernis eine Bewegung zu organisieren, denn jeder hoffte und rechnete mit seinem individuellen Erfolg. Unter diesen Bedingungen war es unmöglich, zentrale Kampfschritte zu ergreifen und einen Druck auf die HS-Bürokratie auszuüben.

DIE BEWEGUNG WAR ABER DENNOCH EIN ERFOLG.

Die fortschrittlichen Studenten entwickelten gegenüber dem Numerus clausus Forderungen, die die richtige Stoßrichtung im Vorgehen gegen Aufnahmebedingungen angegeben haben, und die eine Grundlage zur Organisierung der Studenten gewesen sind. In der Agitation unter den Bewerbern ist die Richtigkeit der Forderungen bestätigt worden. Die Studenten haben darüberhinaus wichtige Erfahrungen in der Organisierung der Studenten gesammelt. Um die Bewegung gegen die Aufnahmeprüfung zusammenzufassen, haben die Kollegen beider Akademien beschlossen, eine Hörerversammlung einzuberufen, wo sie gemeinsam mit denjenigen, die aufgenommen worden sind und die, die schon an der Akademie studieren, die Erfahrungen und Mängel der Bewegung diskutieren wollen. Das ist ein wichtiger Schritt, um aus diesem Kampf Lehren für die folgend - Bewegungen gegen reaktionäre Maßnahmen des Staates und der Professoren in der Ausbildung herauszuarbeiten, und um im kommenden Jahr besser vorbereitet und politisch ausgerüstet dem Numerus clausus entgegenzutreten.

J.B.

Leserbrief: RECHT AUF VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Anläßlich der Aufnahmeprüfung an der Kunstakademie beriefen die Studenten beider Schulen ein Treffen an der Akademie der Bildenen Künste ein, wo sie die weitere Vorgangsweise gegen die Aufnahmeprüfung beraten wollten.
Als wir uns zu diesem Zweck um 18 Uhr vor der Akademie am Schillerplatz einfanden, war die Schule verschlossen, was ansonsten zu dieser Tageszeit nicht üblich ist. Der Portier verweigerte uns den Einlaß, und als wir auf unsere Forderung nach Einlaß in den ÖH-Raum beharrten, holte er den Rektor.
Die Tür blieb geschlossen, der Rektor redete und gestikulierte hinter der Glasscheibe des Portals, gab jedoch keine Begründung seiner Maßnahme. Er bestritt, den anwesenden stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschußes an der Akademie zu kennen, um auf seiner Maßnahme weiter beharren zu können.
Wir waren gezwungen, diesmal die Einschränkung des Versammlungsrechts hinzunehmen und die Diskussion in ein Café zu verlegen.
Dadurch und daß der Portier uns nachträglich verweigerte, den Späterkommenden den Ort der Diskussion mitzuteilen, versuchte der Rektor, jegliche Auseinandersetzung über das weitere Vorgehen gegen die Aufnahmeprüfung zu vereiteln, was ihm jedoch nicht gelungen ist.

B.W.

ÖH-Bonzen schikanieren die Studienrichtungsvertreter

Als die kommunistischen Studienrichtungsvertreter am Beginn dieses Jahres ihre fixen Budgets aus den ÖH-Mitteln vom Hauptausschuß abholen wollten, erfuhren sie dort, daß sie über jeden Schilling genau Rechnung legen müßten.
Schon als sie das Budget erstellt haben, haben die ÖH-Bonzen von ÖSU und RFS offen ihre Absicht erklärt, die Arbeit der Studienrichtungsvertretungen zu sabotieren. Sie sagten sich damals, die StRVen zerfallen in zwei Gruppen, die eine, die uns politisch nahesteht, die tun eh nichts außer mit den Professoren über Stundenzahlen feilschen, die brauchen kein Geld; und die andere Gruppe, die der fortschrittlichen Studentenvertreter, die sind unsere politischen Gegner, denen geben wir kein Geld. So haben sie von 4,8 Mill. Schilling Budget des Hauptausschußes für die Tätigkeit der über 5o Studienrichtungsvertreter nicht einmal 2oo.ooo.- S ausgegeben. Für die Mitarbeit an der HS-Reform im HS-Didaktikreferat sind aber allein 75.ooo,- S vorgesehen, für Hetzschriften gegen die fortschrittlichen Studentenbewegung 12o.ooo,- S und für allerlei Sonderprojekte über 2oo.ooo,- S. Der Rest wird für den aufgeblähten ÖH Apparat ausgelegt.

Solange ÖSU und RFS die Mehrheit in diesen Gremien haben, wird sich an diesem Zustand natürlich auch nichts wesentlich ändern. Wichtig ist aber, daß die fortschrittlichen Studenten nicht davor kapitulieren, sondern die Reaktionäre unentwegt deshalb angreifen. Ebenso wichtig ist es, daß sich fortschrittliche Studentenvertreter in allen wichtigen politischen Fragen an die Studenten wenden, die sie vertreten, und sich mit ihnen beraten. Die Kommunisten fürchten diese Öffentlichkeit nicht, im Gegenteil, sie erklären, daß die offene Darlegung unserer politischen Linie der einzige Weg ist, die Studenten für sie zu gewinnen und sie dazu zu bringen, für ihn auch einzutreten. Die kommunistischen Studentenvertreter machen keine andere Politik, sie verabscheuen jede von den Studenten losgelöste Gremienpolitik und werden sie bekämpfen. Sie setzen sich dafür ein, daß die ÖH-Organe aus einem Instrument zur Niederhaltung der selbständigen politischen Bewegung der Studenten zu einem Instrument der Studentenbewegung werden. Solche Organe der Studentenbewegung können überhaupt nur dann arbeiten, wenn sie in keiner Weise von den Studenten getrennt sind. Daher müssen ihre Vertreter verpflichtet sein, die Beschlüsse der Studentenschaft durchzuführen. Dazu ist die regelmäßige Abhaltung von Hörerversammlungen nötig. Sie müssen vollständig

rechenschaftspflichtig und jederzeit absetzbar sein, um sie zur Verantwortung ziehen zu können. Das muß sich natürlich auch auf alle Finanzfragen beziehen. Das Geld dient dann nämlich zur Finanzierung der politischen Aktivität der Studentenmassen. Bekanntlich haben die kommunistischen Studentenvertreter diese Verpflichtung unabhängig vom ÖH-Gesetz auf sich genommen. Wir müssen aber auch die Reaktionäre zwingen, diese grundlegenden Rechte der Studenten gegenüber ihren Vertretern anzuerkennen.

Treten wir ein für unser Recht auf eine politische Vertretungskörperschaft ohne Aufsichtsrecht des Ministeriums, mit Rechenschaftspflicht gegenüber den Studenten, sowie mit freier Bestimmung ihres Statuts, ihrer Geschäftsordnung. Eine solche Körperschaft muß auch volle Finanzautonomie haben. Die Studenten müssen die Verwendung der Gelder kontrollieren und bestimmen, sowie die Höhe ihrer Mitgliedsbeiträge festsetzen können.

Der Kampf für diese Forderung wird dazu beitragen, den Reaktionären den bürokratischen Schleier, den sie über ihre Politik gelegt haben, herunterzureißen und die wirklichen Absichten der verschiedenen politischen Richtungen in der Studentenschaft vor den Studenten darzulegen.

G.F.

PUGWASH - BEWEGUNG:

Wie pazifistische Wissenschaftler zu Verteidigern imperialistischer Großmachtpolitik werden

Vom 28. August bis 2. September fand in Baden die 24. Pugwash-Konferenz statt. 120 Wissenschaftler aus 31 Ländern trafen sich, um "die brennendsten Probleme der Gegenwart, insbesondere jene, die sich aus dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik ergeben", zu diskutieren.

Die Pugwash-Bewegung verdankt ihr Entstehen dem Entsetzen [illegible]iger Wissenschaftler über die erbarmungslose Ummünzung ihrer Forschungsergebnisse in Massenvernichtungswaffen [illegible]ch den amerikanischen [illegible]aat. Denn während des 2. Weltkrieges waren die theoretischen Physiker und Chemiker unmittelbar wie nie zuvor mit den Endprodukten ihrer Denkarbeit konfrontiert worden. Die an die säuberliche Trennung von Theorie und Praxis gewohnten Wissenschaftler wurden in die Wüste von Arizona verbannt, um dort die Atomenergie in der Atombombe "nutzbar" zu machen. Als das Produkt ihrer Arbeit mit einem Schlag hundersiebzigtausend Menschen vernichtete, schien i[illegible]e wissenschaftliche Arbeit n[illegible]h dem Kampf gegen den Faschismus zu dienen.

Als jedoch die USA-Imperia[illegible]en trotz Kriegsende die atomare Forschung und Aufrüstung energisch vorantrieben, haben manche Wissenschaftler den Grund dafür nicht verstanden.

Ab 1955 wandten sich namhafte Wissenschaftler, vor allem Albert Einstein und der britische Mathematiker und Philosoph Bertrand Russell mit moralischen Appellen an das "Weltgewissen", um auf die Gefahr der atomaren Rüstung und des Drohens mit Atombomben hinzuweisen. 1957 versammelten sich unter der Patronanz des Grossindustriellen Cyrus Eaton im kanadischen Ort Pugwash einige Wissenschaftler, um Wege zum Verbot von Kernwaffen zu erörtern.

Atomfetischismus...

Von Anfang an war der Atomfetischismus die ideologische Linie dieser Bewegung. Die Menschheit sei nicht mehr Herr jener fürchterlichen Waffen, die sie erzeugt hat. Die Widersprüche in der Welt von heute werden auf einen Widerspruch reduziert: nämlich den zwischen dem gemeinsamen Überleben des Imperialismus mit den unterdrückten Klassen, Völkern und Nationen einerseits - und der völligen Vernichtung der Menschheit andererseits. Eine solche Sicht ist Teil einer Weltanschauung, die glaubt, dass nicht die Menschen, sondern die Dinge das Entscheidende in der Geschichte sind. Marx hat ein solches Bewusstsein mit religiösem Fetischismus verglichen, denn beide beruhen auf der Ohnmacht des Menschen gegenüber den von ihm geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese erscheinen nicht als von Menschen geschaffene, veränderbare menschliche Verhältnisse, sondern als Verhältnisse von Dingen zueinander, die von anonymen, der Kontrolle der Menschen entzogenen Sachzwängen beherrscht werden. Die Gefahr eines atomaren Weltkrieges entspringt für sie aus dem Wettrüsten und der gigantischen Entwicklung der Vernichtungswaffen, ohne zu sehen, dass das "notwendige" Vorbereitungen der imperialistischen Politik des Kampfes um die Weltherrschaft sind. Deshalb appellierten sie an das "Weltgewissen", sich zu besinnen.

Dieser Appell wurde gehört: am 5.9.1961 sagte Chrustschow zum Amerikaner C.L. Sulzberger: "Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen." (Zit. Prawda, 10.9.61, nach Polemik, Seite 273)

...und Atomerpressung

Mit solchen Worten wollen die bürgerlichen Machthaber in der Sowjetunion darüber hinwegtäuschen, dass sie selbst im Kampf um Einflusssphären gegen die USA zu den grössten Kriegstreibern gehören. Gleichzeitig proklamieren sie den Kampf gegen die gerechten Befreiungskriege der Völker der 3. Welt gegen den Imperialismus als den angeblichen Störern des Weltfriedens mit dem Argument: "Heute kann jeder Krieg, selbst wenn er als gewöhnlicher, nicht als nuklearer Krieg beginnt, zu einem verheerenden Raketen- und Kernwaffenkrieg werden" (N.S. Chruschtschow, Rede im Rundfunk und Fernsehen, 15.6.1961, Zit. nach Polemik p. 271)

So können die beiden Supermächte die Linie und Politik der bürgerlichen Wissenschaftler der Pugwash-Bewegung als Legitimation für ihre Machenschaften ausnutzen. Sie haben die Vorschläge:

Kommunistische Organisation werktätiger Intellektueller gegründet

Auf Initiative des KB-Wien wurde im August von ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Studentenorganisation MLS die "Vereinigung zur Unterstützung der Volkskämpfe" (VUV), eine kommunistische Massenorganisation werktätiger Intellektueller, gegründet. Seit mehreren Jahren schon zeigt sich auch bei uns in Österreich, daß eine wachsende Zahl Intellektueller aufgrund der umfassenden politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Krise, in der sich der Imperialismus immer mehr verstrickt, in Bewegung gerät und sich von ihrem "Dienstherrn", der Bourgeoisie, politisch löst. Teile davon sind heute schon bereit, sich bewußt auf die Seite der Arbeiterklasse zu stellen. Um die politische Erziehung dieser Intellektuellen voranzutreiben und auch aus dieser Schicht kommunistische Kader heranzuziehen, ist es notwendig, sie in organisierter Weise auf der Seite der Arbeiterklasse in die Kämpfe des gesamten Volkes einzureihen. Zu diesem Zweck wurde die VUV gegründet.

"Die VUV versteht sich als Massenorganisation des KB-Wien. Als selbständige kommunistische Organisation von werktätigen Intellektuellen ordnet sie sich der politischen Linie, die der KB-Wien vertritt, unter und nimmt unter seiner politischen Anleitung die praktische Unterstützungsarbeit auf...

Die werktätigen Intellektuellen sind aufgrund ihrer besonderen Ausbildung und ihrer beruflichen Tätigkeit als direkte Handlanger der Bourgeoisie bei der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes (z.B. als Richter, Verwaltungsbeamte, Lehrer und leitende Angestellte in den Betrieben) eine von den übrigen Teilen des Volkes abgehobene Schicht. Die kommunistischen Intellektuellen bekämpfen diese Rolle der Intelligenz aufs schärfste und stellen ihre besonderen Fähigkeiten und Qualifikationen in den Dienst des kämpfenden Volkes. Durch ihre Unterstützungsarbeit tragen sie zur Stärkung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse bei und gewinnen gleichzeitig weitere Kräfte, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zur Eroberung der politischen Macht und um die soziale Revolution unterstützen." (aus der Gründungserklärung der VUV)

Verbot der Atomversuche in der Atmosphäre und Abkommen über die Nichtweitervergabe von Kernwaffen begeistert aufgenommen, nachdem sie selbst ihre diesbezüglichen Versuchsreihen abgeschlossen hatten. Die Nichtweitervergabe dient einzig dazu, ihren Rüstungsvorsprung zu halten und so ihre Politik der atomaren Erpressung fortzusetzen.

Zwei Linien

Was vorher eine Gruppe gewissensgeplagter westlicher Wissenschaftler war, wurde nun über die Köpfe der Teilnehmer hinweg zum Organ des westöstlichen Zusammenspiels, zum Instrument der Supermächte. Die Badener Konferenz bestätigte die alte Linie. Die Sitzungen wurden nicht öffentlich durchgeführt, "da die einzelnen Wissenschaftler Geheimnisträger ihrer Regierung sind"! Trotzdem wurden einige Ideen bekannt. Professor O. Reutow von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften wies auf den gewaltigen Besitz der Supermächte an bakteriologischen und wetterverändernden Waffen hin. Er wollte auch hier einen Vertrag über Nichtweitervergabe und Verbot der Weiterentwicklung sehen. Statt auf ein völliges Verbot aller atomaren, bakteriologischen und anderen Waffen hinzuarbeiten - wie es die VR China tut - soll bloß das Monopol der Supermächte auf diese Waffen gesichert werden. Auf der anschließenden Pressekonferenz zeigte man sich sehr beunruhigt über die gegenwärtige Unruhe auf der Welt. Drastische Maßnahmen aller Länder, besonders von seiten der Großmächte, seien notwendig, wenn die gegenwärtige Tendenzen durch konstruktive Initiativen geändert werden sollen, heißt es in der Erklärung.
Die "gegenwärtigen Tendenzen" sind jedoch:

Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution. Diese Unruhe ist gut und nicht schlecht für die Völker. Angst davor haben nur die Imperialisten, insbesondere die beiden Supermächte und ihre Lakaien! Ausschließlich deren Interesse dient die Pugwash-Bewegung, wenn sie der Haupttendenz Revolution durch "konstruktive Initiativen", die die Hegemonie der beiden Supermächte legitimieren, entgegentritt.

Doch nicht alle Wissenschaftler finden sich mit solchen entwürdigenden Diensten ab. Gerade Bertrand Russel ist ein Beispiel dafür. Er, Mitbegründer der Pugwash-Bewegung übte Selbstkritik. 1965 schrieb er in einer Grußadresse an die Solidaritätskonferenz der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Völker: "Ich habe die friedliche Koexistenz aus der Überzeugung heraus unterstützt, daß ein Konflikt im Atomzeitalter nur katastrophale Folgen haben kann... Es ist nun schmerzhaft klargeworden, daß der amerikanische Imperialismus nicht zu einer Einstellung seiner Aggressionen, seiner Ausbeutung und seiner Grausamkeit gebracht werden kann... und der Frieden kann nicht dadurch verwirklicht werden, daß man seine Hoffnung auf den guten Willen dieser Leute setzt... Wenn die Sowjetunion in ihrem Wunsch nach Frieden versucht, sich durch eine Verringerung des Kampfes um nationale Befreiung und Sozialismus oder sogar durch Opposition gegen diesen Kampf, bei den Vereinigten Staaten beliebt zu machen, wird es weder Frieden noch Gerechtigkeit geben... Eine Welt frei von Ausbeutung und Fremdherrschaft, eine Welt der Wohlfahrt für die Volksmassen aller Erdteile, eine Welt des Friedens und der Brüderlichkeit muß erkämpft werden. Das ist die Lektion, die uns der amerikanische Imperialismus lehrt. Das ist keine angenehme Lektion, aber wir werden nichts erreichen, wenn wir sie außer acht lassen." (laut Peking Rundschau 5o/65)

POHO/F.M.

Viel Lärm um die Preisregelung

Von den bürgerlichen Parteien hat die Arbeiterklasse nichts zu erwarten

In der ersten Augusthälfte leiteten Handelsminister Staribacher und der ÖGB-"Wirtschaftsexperte" Lachs in einer spektakulären Weise einen neuen Vorstoß der SPÖ in Richtung eines "schärferen" Preisregelungsgesetzes ein. Nach dem anfänglichen Theaterdonner und einer "militanten" Erklärung Benyas ("Wir holen uns, was wir brauchen") hat ein intensives Tauziehen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Kräften eingesetzt. Und natürlich ist jeder von ihnen mehr als der andere auf das Volkswohl bedacht.

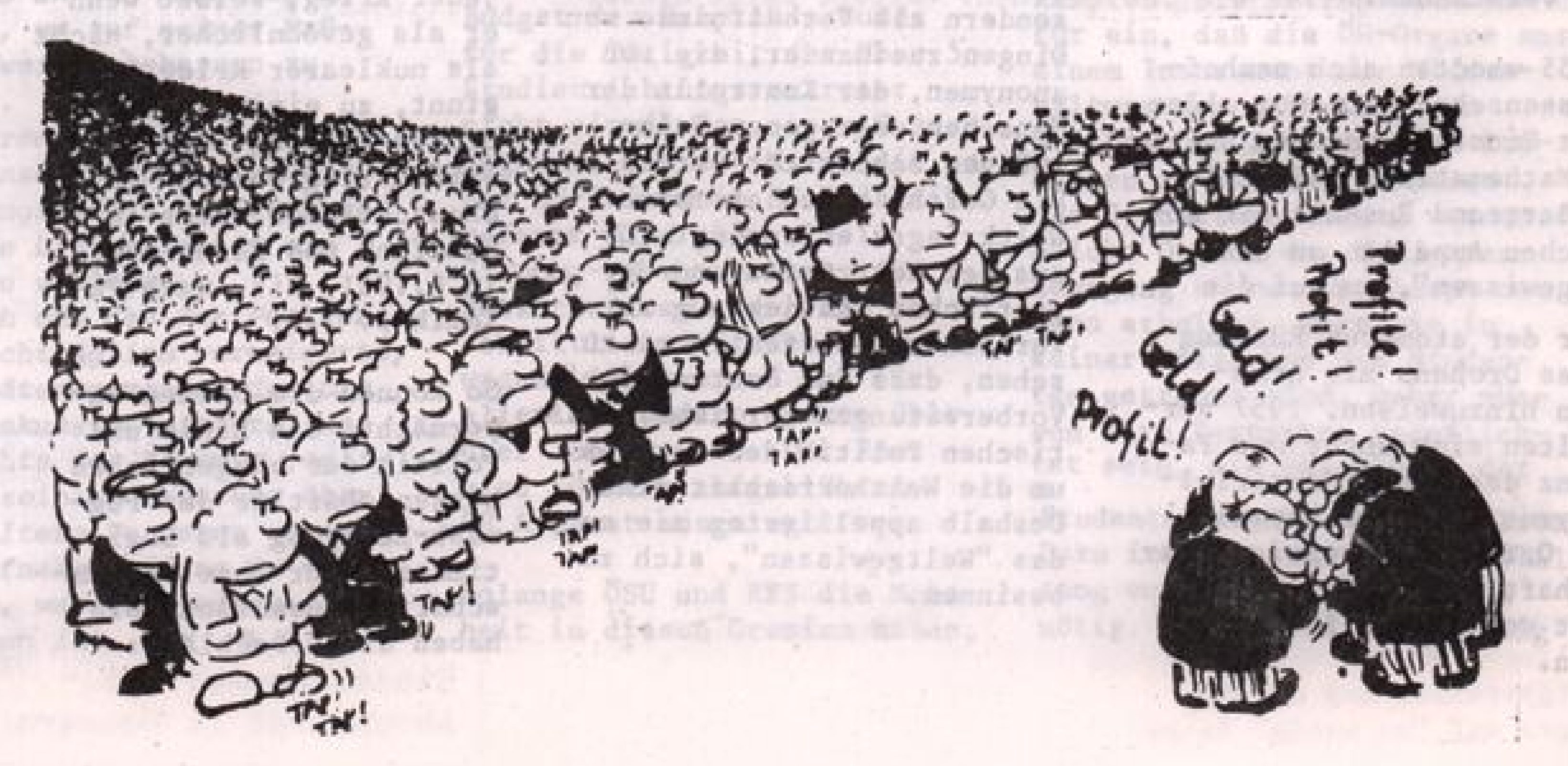
Die SP-Regierung strebt schon länger eine "Verschärfung" des Preisregelungsgesetzes an. Z.B. soll der Handelsminister bei der "Festsetzung volkswirtschaftlich gerechtfertigter Preise für die Dauer von höchstens 6 Monaten (§ 3a) nicht mehr von einer übereinstimmenden Stellungnahme der Unternehmer- Landwirtschafts- und Arbeiterkammer und dem ÖGB abhängig sein.
Da für solche Änderungen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig ist, kam die SPÖ im Frühjahr damit nicht durch. Das Preisregelungsgesetz läuft jetzt im Herbst aus, es muß jedes Jahr erneut verlängert werden. Genauso ist es bei den anderen sogenannten "Wirtschaftsgesetzen", v.a. dem Marktordnungsgesetz. Die SP-Regierung versucht, diese Situation auszunützen: Das jetzige Preisregelungsgesetz sei eine "Stumpfe Waffe", eine Novellierung sei notwendig. Statt es jedenfalls in der alten Form zu verlängern, sollte man es lieber gleich auslaufen lassen. Durch die Drohung, in diesem Falle aber auch das Marktordnungsgesetz, das den Markt für landwirtschaftliche Produkte im Interesse der Agrarkapitalisten reguliert, ersatzlos auslaufen zu lassen, setzt sie die ÖVP unter Druck und versucht, ihr Zugeständnisse abzuringen.

Dem Volk gegenüber wird dieser Schacher als Ringen zwischen den Interessen der "Konsumenten", vor allem der Arbeiter und Angestellten, und denen der landwirtschaftlichen Produzenten, v.a. der kleinen Bauern ausgegeben.

In Wahrheit dient das Marktordnungsgesetz ebensowenig den Interessen der kleinen Bauern, wie das Preisregelungsgesetz den Interessen der Volksmassen dient. Wie das eine die Preistreiberei der Kapitalisten auch nicht im Geringsten angreift, so macht die Sicherung stabiler Profite für die Großagrarier und die kapitalistischen Spitzen der landwirtschaftlichen Genossenschaften die Lage der kleinen Bauern nicht besser, die von eben diesen Agrarkapitalisten ausgeplündert werden.
Die Arbeiter und kleinen Bauern sollen gegeneinander aufgehetzt werden, während es in Wahrheit um die Interessen verschiedener Teile der besitzenden Klassen geht. Das Volk soll gespalten werden, um der herrschenden Klasse, seinem gemeinsamen Feind, wehrlos ausgeliefert zu sein.

DIE PREISGEREGELTEN WAREN VERTEUERN SICH STÄRKER ALS DIE ANDEREN

Was vom "Preisregelungsgesetz", vom "Preistreibereigesetz" zu halten ist, sieht und spürt jeder kleine Angestellte, jeder Arbeiter Tag für Tag. Offensichtlich sind nicht einmal die Kapitalisten mit den wahnwitzigsten Preissteigerungen (wie bei Reis, Heizöl und Benzin usw.) mit diesem Gesetzen in Konflikt geraten. "Die bloße Tatsache, daß eine Ware ins Preisregelungsverfahren einbezogen werden kann, bedeutet, daß sich die Firmen in ihrer Preisgestaltung anders verhalten." Diese Worte gab Arbeiterkammerpräsident Hrdlitschka von sich kurz nachdem die "dem Preisregelungsverfahren unterworfenen" Zuckerbarone



mit Hilfe wirtschaftlicher Erpressung wieder eine Zuckerpreiserhöhung einfach durchgesetzt hätten. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Während die "nicht amtlich preisgeregelten Waren" im Mai 1974 um 10 % höher lagen als im gleichen Monat des Vorjahres, haben sich die "amtlich preisgeregelten Waren" in diesem Jahr um 16,1 % verteuert. Der Grund dafür ist nicht, wie ÖVP, FPÖ und auch die KPÖ glauben, daß der Staat ein besonders arger Preistreiber ist. Der Grund ist, daß vor allem die Massenkonsumgüter "dem Preisregelungsverfahren unterworfen" sind und diese sich bekanntlich mit oder ohne Preisregelung immer weit stärker verteuern als Luxusgüter.

DIE INFLATION IST EIN WESENSMERKMAL DES KAPITALISMUS

Den Arbeitern und dem ganzen Volk zeigt das deutlich, was von einer staatlichen Preisregelung zu halten ist. Durch eine "Verschärfung" der Preisregelung oder selbst durch den von der KPÖ vorgeschlagenen "Preisstopp" würde sich daran nichts ändern. Vor einigen Tagen veröffentlichte ein bürgerliches "Wirtschaftsmagazin" eine Untersuchung über die Politik der schwedischen Regierung, mit Preisstopps, teilweisen Preisstopps und anderen Preiskontrollen, die Inflation in Grenzen zu halten.

Die Inflation ist im Kapitalismus unvermeidbar. Sie kann stärker oder schwächer, ruhiger oder sprunghafter sein, immer es wird sie solange geben, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Grundlage und die Jagd nach Profit die Triebkraft des Wirtschaftslebens und der ganzen Gesellschaft ist. Der bürgerliche Staat und die Regierung, deren Aufgabe ja gerade die Aufrechterhaltung und politische Verwaltung der kapitalistischen Gesellschaft ist, können weder noch wollen sie der kapitalistischen Preistreiberei entgegentreten. Im Gegenteil folgen Staat und Gemeinde genauso der Logik der Ausplünderung der Volksmassen, setzen genauso Preise, Tarife und Gebühren in die Höhe, und sind über die Mehrwehrsteuer und andere indirekte Steuern an der Preistreiberei der privaten Kapitalisten beteiligt und interessiert.

Durch egal welche Maßnahmen des bürgerlichen Staates läßt sich die Inflation nicht beseitigen. Mit der Volksausplünderung über die Preise kann nur Schluß gemacht werden, wenn mit der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse überhaupt Schluß gemacht wird. Wenn die Arbeiterklasse die Macht im Staat ergreift und an den Aufbau des Sozialismus geht. Um das zu erreichen, muß die Arbeiterklasse Kräfte sammeln, sie braucht Kampferfahrenheit und Organisation. Sie sammelt diese Kräfte im Kampf um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und um politische Rechte, den sie heute bereits in immer stärkerem Maß zu führen gezwungen ist. Die Arbeiterklasse kann es sich nicht aussuchen, ob sie den Klassenkampf führt. Die kapitalistischen Verhältnisse selbst zwingen sie dazu. Unordnung und Anarchie des Kapitalismus treten an den Tag, in der Preisentwicklung bringen die Grundlagen jeder kapitalistischen Kalkulation durcheinander. Die Spekulation wird immer wilder und mit ihr die Pleiten und Krachs. Unordnung und Anarchie stellen sich immer deutlicher als Wesensmerkmale des Kapitalismus heraus.

Am meisten ist die Bourgeoisie aber dadurch beunruhigt, daß ihr die Entwicklung der Dinge offenkundig und für jedermann sichtbar aus der Hand geglitten ist. Die "Stabilitätspolitik", so gut sie als Mittel der Lohndrückerei eingesetzt wurde, und wird, ist total gescheitert.

Gescheitert bei dem Versuch, die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft unter Kontrolle zu halten. Die Unbeherrschbarkeit der Gesetze der Konkurrenz und des Profits tritt an den Tag. Mit naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit bringt ein System, das als Ziel und Triebkraft ausschließlich den Profit kennt, immer wieder Störungen und Fehlentwicklungen mit sich. Mit naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit müssen sich die Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung, zwischen unbegrenzter Ausdehnungsfähigkeit der Produktion und beschränkter, ja sinkender Konsumtionskraft der Massen letztlich immer wieder in Krisen entladen. Der Unmut des Volks gegen die Preistreiberei steigt und die Unfähigkeit der Bourgeoisie, eine geordnete und sinnvolle Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten, ernüchtert sie. Der Kapitalismus beginnt, sein wahres Gesicht zu zeigen.

die "Stabilisierungspolitik" hat Bankrott gemacht. Daß das ganze Bündel der sogenannten "Wirtschaftsgesetze" heuer erstmals nicht mehr verlängert wird und die Auseinandersetzungen um Preisregelung und Marktordnung widerspiegeln die sich zuspitzenden Widersprüche und die wachsende Unkontrollierbarkeit der kapitalistischen Verhältnisse.

Bei den bürgerlichen Politikern wachsen angesichts der immer stärker werdenden Inflation Unruhe und Besorgnis. Bei ihnen ist der Grund freilich nicht die zunehmende Ausplünderung der Volksmassen auf dem Warenmarkt, die ihnen ja gerade riesige Profite bringt. Der Grund ist, daß die Bedingungen ihrer Profitmacherei immer unsicherer und unkontrollierbarer werden. Es ist die Profitgier der Kapitalisten und ihre Preistreiberei, die die Inflation hervorbringt, und es ist die Inflation, die umgekehrt die kapitalistische Geschäftemacherei immer riskanter macht. Die wachsende Sprunghaftigkeit und Unberechenbarkeit

Der Ruf der SPÖ nach der "Verschärfung" des Preisregelungsgesetzes ist nicht nur ein vergeblicher Versuch des bürgerlichen Staates, die Kontrolle über die Inflation wiederzugewinnen. Er dient auch dazu, die Arbeiter- und Volksmassen zu täuschen und vom Kampf abzuhalten. Das Vertrauen des Volkes in die bürgerlichen Verhältnisse, in den Staat, in die SPÖ soll wieder gefestigt werden, während zur gleichen Zeit die SPÖ-Politiker, sei es als Vertreter der Regierung, der Arbeiterkammer oder des ÖGB, in der Paritätischen Kommission praktisch jeder Preiserhöhung zustimmen.

VON DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN HABEN DIE ARBEITER NICHTS ZU ERWARTEN

Die Arbeiter und die anderen Werktätigen müssen sich gegen die Angriffe auf ihre Lebenshaltung zur Wehr setzen. Von den bürgerlichen Parteien haben sie nichts zu erwarten, wie immer deren Gerangel um die Preisregelung ausgehen wird. Die Arbeiter dürfen den Kampf um ihre Interessen nicht von den Streitereien der verschiedenen bürgerlichen Kräfte abhängig machen, wie es ÖGB-Präsident Benya tut: "Dann (für den Fall des Auslaufens des Preisregelungsgesetzes) werden eben die einen jene Preise verlangen, die sie haben wollen, und die anderen die entsprechenden Löhne. Wir holen uns schon, was wir brauchen." Die Kapitalisten haben mit oder ohne Preisregelung noch jedesmal die Preise verlangt, die der Markt hergibt, und die sozialdemokratischen Bonzen in der Paritätischen haben noch jedesmal zugestimmt. Und umgekehrt hätte die ÖGB-Führung schon die längste Zeit die Möglichkeit gehabt, die Arbeiter dabei zu unterstützen, wenn sie sich holen, was sie brauchen. Sie hat im Gegenteil alles getan, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Aber mögen die Benya und Konsorten noch so "militant" und scheinradikal daherreden, es wird ihnen nicht gelingen, die Arbeiter zum Hinnehmen von Lohnraub, Arbeitshetze, Steuerausplünderung zu bewegen. Der Klassenkampf ist der einzig erfolgversprechende Weg, wie die Arbeiter ihre Lage und ihre Kampfbedingungen verbessern können.

Die anarchische Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse und das Fiasko der "Stabilisierungspolitik" zeigen den volksfeindlichen Charakter und die Überholtheit des kapitalistischen Systems. Sie zeigen die Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus.

(aus "Klassenkampf")

W.L.

BRG XX: Fortschrittlicher Schüler ausgeschlossen

Gerade jetzt,wo sich der Unmut vieler Studenten an der bevorstehenden Lehramtsstudienordnung entzündet und sich der Widerstand dagegen verbreitert, ist es wichtig, dass wir uns mit den Zuständen im Volksbildungswesen auseinandersetzen. Der Kampf gegen die volksfeindliche Lehrerausbildung, die uns zu braven Erfüllungsgehilfen der Bourgeoisie abrichten und uns dann auf die Schulkinder loslassen soll, kann nur eine Perspektive haben, wenn er nicht ein Kampf um Rechte bloss für Studenten bleiben soll: wir müssen uns dem Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen um ihre demokratischen Rechte gegenüber dem Volksbildungswesen anschliessen.

Ein gutes Beispiel, wie das Volk den Kampf um die Schulen aufnimmt, ist die Auseinandersetzung der Bevölkerung des 20. Bezirks mit den Zuständen an der Unterbergschule (BRG XX).

DIE SCHULBÜROKRATIE FÜRCHTET SICH VOR DER MEINUNG DER VOLKSMASSEN

Am 3.10. liess Direktor Klimpt still und heimlich die Ausschlusskonferenz gegen die Schüler Martin L. und Paul Z. über die Bühne gehen. Der Grund dafür war das politische Auftreten der beiden an der Schule:sie verkauften die Zeitung "Revolutionäres Afrika" und warben unter ihren Kollegen für die Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker der Welt. Sie traten gegen die arbeiterfeindlichen und proimperialistischen Lehrinhalte auf (siehe KHZ vom September).

Machenschaften Rechenschaft abzulegen, verständigte er weder die betroffenen Schüler, noch deren Eltern, noch ihre Klassensprecher rechtzeitig von der Ausschlusskonferenz. Deshalb schickte er an diesem Tag die Schüler früher nach Hause, deshalb ließ er danach die Schule von Polizei und Staatspolizei umstellen, um nur ja "ungestört" von der Bevölkerung seine Konferenz abzuhalten.

Paul Z. wurde gerade, weil er von dem Recht auf freie Meinungsäusserung offen Gebrauch machte und sich gegen den volksfeindlichen Unterricht zur Wehr setzte von seinen Mitschülern zum Klassensprecher gewählt. Aber so ein Schülervertreter ist für die Schulbehörde und den Direktor "untragbar". Deshalb *musste* er ganz einfach rausgeschmissen werden. An ihm wurde ein Exempel statuiert, um alle anderen Schüler vom Gebrauch ihrer Rechte abzuschrecken.



Paul Z. wurde ausgeschlossen, den Antrag gegen Martin L. brachte die Schulbürokratie allerdings nicht durch. Mit diesem Ausschluss setzen sich Direktor Klimpt und die Schulbehörden über den ausdrücklichen Willen von breiten Teilen der Bevölkerung hinweg. Denn ca. 2000 Menschen hatten mit ihrer Unterschrift entschieden gegen die Abhaltung einer Ausschlusskonferenz und die politische Entrechtung an den Schulen Stellung genommen.

Deshalb, weil Klimpt Angst hat, vor der Bevölkerung über seine

Das Volk merkt genau, dass die Schulen nicht seinen Interessen entsprechen.

Viele Eltern spüren, dass ihnen ihre Kinder in den Schulen entfremdet werden. Sie werden dort dazu gebracht, sich ihrer Herkunft zu schämen, wenn ihre Eltern Arbeiter und kleine Angestellte sind. Sie sollen lernen, die arbeitende Bevölkerung zu verachten. Sie werden systematisch zu Unselbständigkeit, Eigennutz und Drückebergerei erzogen. Sie sollen lernen, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln.

Die Lehrer haben dabei als Träger des Unterrichts im Namen des Staates diese Ziele gegen die Schüler und ihre Eltern durchzusetzen und jeglichen Widerstand dagegen zu brechen.

Die Lehrer sind Beamte des Staates und keineswegs Leute, denen vom Volk die Ausbildung ihrer Kinder übertragen wird. So sind sie auch dem Staat und nicht dem Volk Rechenschaft über ihre Tätigkeit schuldig. Diejenigen Lehrer, die sich dieser Rolle nicht fügen, haben laut Verordnung des Stadtschulrates und der Direktoren nicht einmal das Recht, die Eltern über die Zustände an den Schulen zu informieren.

So hat sich der Staat in den Schulen Stätten der Unterdrückung und ideologischen Indoktrinierung, vor denen Kinder und Eltern gleichermassen Furcht haben,geschaffen. Er setzt sie als Waffen gegen das Volk ein.

Gerade dadurch isoliert er sich von den Massen und kann sich nur auf seine eigenen Gesetze (z.B. das neue Schulunterrichtsgesetz) und letztlich auf Polizeigewalt stützen. Diese Verhältnisse aber sind es, die immer grössere Unruhe und Unzufriedenheit im Volk hervorrufen.

DIESE UNZUFRIEDENHEIT FINDET AUCH IHREN OFFENEN AUSDRUCK

So äußerten die werktätigen bei all den Informationsständen, Versammlungen und Kundgebungen, die der KB, RSB und die VUV (Sektion Volksbildungswesen) zusammen im 20. Bezirk organisierten, um die Bevölkerung gegen die Entrechtung am BRG XX und an den Schulen insgesamt zu mobilisieren, klar ihren Unwillen.

Mütter, Eltern berichteten von den Schwierigkeiten, die ihnen und ihren Kindern an der Schule gemacht werden. Sie erzählten, welche Schikanen ihnen vom Direktor und von den reaktionären Lehrern zugemutet werden. Sie erzählten, wie ihr Einfluss auf den Elternversammlungen durch die Vasallen des Direktors (Akademiker, Ingenieure, Manager ...) ausgeschaltet wird. Viele Schüler forderten eindeutig ihre Rechte: dass sie ihre Meinung frei sagen, ihre Interessen uneingeschränkt vertreten, dass sie sich frei politisch betätigen können, um sich gegen die Unterdrückung und Verhetzung zur Wehr zu setzen. Viele Leute sagten - aus ihrer eigenen Erfahrung mit den Unterdrückungsmethoden und der Disziplinierung - dem Direktor Klimpt und der Schulbürokratie den Kampf an. Fast alle waren sich einig: "So einen Direktor, der die Kinder gegen die arbeitende Bevölkerung aufhetzt, die freie Meinungsäusserung an der Schule unterdrückt und fortschrittliche Schüler rauswirft, können wir nicht brauchen. Der muss weg!"

Arbeiter, Angestellte stellten sich gegen diese reaktionäre Eliteausbildung, die die Schüler dazu erzieht, später als Vorgesetzte die Interessen der Werktätigen im Dienste der Kapitalisten mit Füssen zu treten. Sie traten für die Beseitigung der Spaltung der Jugendlichen in Pflicht- und Mittelschulen ein, wo die einen gerade soviel lernen um sich später ausbeuten lassen zu können, und die anderen gerade soviel, um später selbst Instrument dieser Ausbeutung und Unterdrückung zu werden.

Viele Leute verloren die Illusionen über die "Demokratisierung" und "Mitbestimmung" in der Schule, die ihnen die Zeitungen und das Fernsehen in einer grossangelegten Propagandawelle anlässlich des neuen Schulunterrichtgesetzes eingeflösst hatten, als sie sahen, dass es die Paragraphen genau dieses Gesetzes ("Störung des Unterrichts", "Abhalten vom Lernen", "Werbung für Schulfremde Zwekke") sind, mit denen Direktor Klimpt den Schüler Paul Z. von der Schule geworfen hat. Es kam eindeutig die Rechtlosigkeit des Volkes den Schulen gegenüber - die aus den Bedürfnissen der Bourgeoisie, ihre Herrschaft aufrecht

zu erhalten entspringt - zum Ausdruck. Die Leute forderten selbst Öffentlichkeit für alles was in den Schulen passiert; Rechenschaftspflicht des Direktors und der Lehrer gegenüber dem Volk.Es hat sich offen gezeigt, dass immer mehr arbeitende Menschen gewillt sind, selbst Einfluss auf das Schulwesen zu nehmen, die Ausbildung zu kontrollieren und gegen den bürgerlichen Staat als Volkserzieher den Kampf aufzunehmen.

In diesem Kampf vertreten die Kommunisten die demokratischen Forderungen:

- o *Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst, und Recht der Bevölkerung unerwünschte Lehrer abzuberufen!*
- o *Gleiche Ausbildung für Jedermann: Einheitsschule!*
- o *Übergabe des Volksbildungswesen in die Hände der demokratischen Organe der örtlichen Selbstverwaltung!*
- o *Unterbindung der Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals!*

Die Bewegung der Bevölkerung im 20. Bezirk hat gezeigt, dass diese Forderungen richtig sind. Sie sind das geeignete Mittel um diejenigen, die von den Verhältnissen in den Schulen betroffen sind, zusammenzuschliessen und in den Kampf zu führen. Und sie sind geeignet, den Menschen, die für ihre Durchsetzung kämpfen, zu zeigen, dass es der bürgerliche Staat ist, der im Wege steht. Dass es erst dann, wenn dieser Staat - das Instrument der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft - zerschlagen wird, möglich ist ein Ausbildungswesen zu schaffen, das tatsächlich den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung dient.

P O /M.Z.

Bericht einer Volksschullehrerin

Ich bin seit 8 Jahren Volksschullehrerin in Wien. Am Anfang meiner Arbeit habe ich die empörenden Zustände an vielen Schulen als einzelne Mißstände betrachtet:
- In den ersten Klassen Schülerzahlen bis zu 40, obwohl gesetzlich höchstens 36 zugelassen sind. Und das ist schon eine Zahl, die es dem Lehrer unmöglich macht, sich ausreichend um die Kinder zu kümmern.
- Auf die Körpergröße der Schüler wird kaum Rücksicht genommen. Körpergerechte Schulmöbel werden viel zu spät - oft erst Monate nach Schulbeginn - geliefert. Daß sich die Kinder dadurch Haltungsschäden holen, ist klar. Aber dafür organisiert der Stadtschulrat großzügig ein Haltungsturnen, für das außerdem noch die Eltern zur Kasse gebeten werden.
- was wir jährlich an Arbeitsmitteln zugeteilt bekommen, ist einfach lächerlich (ca. S 70.- für das ganze Jahr) Hefte, Zeichenblätter reichen zur Not bis Februar. Will man guten Unterricht machen, muß man aus der eigenen Tasche zahlen, oder bei Eltern und Elternvereinen bitten.
- die Willkür und das autoritäre Auftreten der Direktoren erschienen mir als ihr persönlicher Fehler. So wurde ich einmal von meinem Direktor am Sprechen gehindert, als ich auf einer Elternversammlung über die skandalösen Zustände mit den Schulmöbeln reden wollte.

Aber mit der Zeit wurden mir Zusammenhänge klar: Wenn die Kinder mit 6 Jahren in die Schule kommen, sind sie voll Begeisterung und Lernfreude. Nach einigen Jahren sind viele abgestumpft und stehen der Schule teilnahmslos und feindlich gegenüber. Das läßt nur den Schluß zu, daß die Art und die Inhalte des Unterrichts die Ursache dafür sind. Denn wenn man mit den Kindern über ihre eigenen Lebensbedingungen und -erfahrungen spricht, ist die Apathie wie weggewischt, sie begreifen Zusammenhänge und können sie auch ausdrücken (z.B. wenn sich ein Kind darüber beklagt, daß die Eltern oft so grantig sind, weil sie Überstunden machen müssen, um für die Wohnung 100.000.- S aufzubringen) Aber es ist gerade die Aufgabe der Schule die Kinder abzustumpfen, sie zum Gehorsam zu bringen, ohne die Frage nach dem Wozu zu stellen. Dafür gibt es eine Reihe scheinbar sinnloser Schikanen und Verbote (Mütze runternehmen; Klogehen nur in bestimmten Pausen, und nicht wenn man "muß"; Verbot, Wasser zu trinken etc.)
Aber es sind nicht nur die Formen des Unterrichts: Die Lehrpläne werden nicht etwa von Lehrern und Eltern nach ihren Bedürfnissen an einer Ausbildung ihrer Kinder erstellt. Das machen Beamte, auf die wir keinerlei Einfluß haben. Auch wird genau festgelegt, welche Bücher approbiert sind, d.h. im Unterricht verwendet werden dürfen.
Unsere Rolle dabei ist die von Vollzugsorganen dieser Inhalte. Und es wird sehr wohl überprüft ob wir dieser "Aufgabe" gerecht werden. Entscheidende Kriterien für die Beurteilung unserer Arbeit sind Unterrichtsarbeit und Noten, unser Verhalten gegenüber Vorgesetzten (!) und die Disziplin in der Klasse. Selbst über die kleinsten Fragen entscheidet nach dem neuen Gesetz nur der Direktor (Supplierungen etc.) Auch die Klassenzuteilung wird vom Direktor und keineswegs von einem Lehrerkollegium entschieden.
Es gibt natürlich noch viele Lehrer, die das gutheißen und die sich mit den ihnen zugedachten Aufgaben voll identifizieren. Sie nehmen Kontakt zu den Eltern ihrer Schüler nur auf, wenn es um Noten (meist schlechte) und Fragen der Disziplin geht.
Es ist daher kein Wunder, daß die Eltern oft nur mit einem unguten Gefühl im Bauch in die Schule gehen und die Lehrer fürchten.

Aber es gibt auch schon viele Kollegen, die mit diesen Zuständen unzufrieden sind, und sehen, daß sie individuell den Kindern kaum helfen können. Deshalb suchen sie den Kontakt mit den Eltern. Das muß natürlich von der Schulbürokratie verhindert werden: Es liegt in der Kompetenz des Schulleiters, ob er Elternbesprechungen an der Schule außerhalb der vorgesehenen (für alle vier Volksschuljahre eine in der 1. Klasse!) zuläßt. Kollegen erzählten z.B., daß ein Kollege im 3.Bezirk an der Schule kein Treffen halten durfte. Im Gasthaus wurde es ihm verboten, denn da sind die Eltern verpflichtet ein Getränk zu kaufen, in einer Privatwohnung könnten manche Eltern durch Antipathie (!) gegen die Wohnungsbesitzer abgehalten werden. Man sieht, das sind reine Schikanen, die eines verhindern sollen; daß sich Eltern und Lehrer zusammensetzen und ihre Probleme ohne Schulbürokratie besprechen. Denn über die Zustände an den Schulen, die letztlich alle darin begründet sind, daß hier die Kinder gegen die Interessen des Volkes ausgebildet werden, soll weiterhin der Mantel des Schweigens gebreitet werden.

Vor einiger Zeit gab es im Fernsehen in der Sendung "Horizonte" ein Interview mit einer Lehrerin, die über Schikanen an der Schule berichtete. Sehr bald danach wurden wir über Verordnung wieder daran erinnert, daß wir ohne Genehmigung des Stadtschulrates keine Interviews an Medien weitergeben dürfen oder gar als Lehrer auftreten. Eine Kollegin bezeichnete diese Verordnung treffend als Maulkorberlaß. Diese Bestimmungen stehen im krassen Gegensatz zu den Grundrechten, aber "spätere Verordnungen heben frühere auf", wie uns ein gesetzestreuer Rechtsanwalt erklärte.

Es wird immer behauptet, Politik hätte nichts an den Schulen zu suchen.
Aber was ich aufzeigen wollte, ist, daß sich in dem, wer an den Schulen was bestimmt, wie die Bestimmungen ausgeführt werden sich eine ganz bestimmte Politik ausdrückt. Nämlich eine, die nicht im Interesse des Volkes liegt. Wir dagegen - fortschrittliche Eltern, Schüler und Lehrer - müssen uns darüber klar werden, wie eine Ausbildung in unserem Interesse auszusehen hat und dafür müssen wir gemeinsam mit allen anderen fortschrittlichen Menschen den Kampf aufnehmen!

Die DDR ist kein sozialistischer Staat

Wir drucken diesen Artikel aus der "Kommunistischen Volkszeitung" ab, weil in ihm sehr gut die Haltung der revolutionären, internationalistischen Kräfte in der Bundesrepublik zur Frage der Spaltung der deutschen Nation wiedergegeben wird. Bei der Bestimmung ihrer Linie in dieser Frage gehen die Genossen von einer Klassenanalyse der Verhältnisse in beiden deutschen Staaten und von der Bestimmung der Etappe der Revolution aus.

Red.

Verfassungsänderung der DDR

Die Volkskammer der DDR hat die Spaltung der deutschen Nation für ewig erklärt und beschlossen, daß es die deutsche Nation in Zukunft nicht mehr zu geben hat. Gleichzeitig hat sie die DDR durch Verfassungsänderung zum "untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft" gemacht. Was bedeutet diese Verfassungsänderung? Sie bedeutet in ihrem Kern, daß entgegengesetzt zu aller Beschwörung der DDR als sozialistischem Staat öffentlich eingestanden wird, daß die DDR kein sozialistischer Staat ist und daß sie als Halbkolonie des sowjetischen Sozialimperialismus zu betrachten ist.

Warum bedeutet die Verfassungsänderung gerade dies? Ein sozialistischer Staat würde niemals per Federstrich die Einheit der Nation aus der Geschichte streichen, sondern würde die Einheit der Nation in einem einheitlichen sozialistischen Staat anstreben.

Die Ausstrahlungskraft der sozialistischen Macht auf die ausgebeutete und unterdrückte

Arbeiterklasse und die Volksmassen im anderen Teil des Landes ist ein gewaltiger Motor für die Befreiung des ganzen Landes von der Herrschaft des Imperialismus und der Bourgeoisie. So ist es in Korea und so ist es in Vietnam. Kann man sich vorstellen, daß Nordkorea, daß Nordvietnam oder daß irgendeine sozialistische Macht das Ziel der Wiedervereinigung aufgeben würde? Nein, das kann man sich nicht vorstellen. Das wäre der direkte Verrat an der Arbeiterklasse und am Volk des anderen Teils des Landes in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Wenn die DDR auf dieses Ziel verzichtet, dann heißt das nur, daß in diesem Land nicht die Arbeiterklasse an der Herrschaft ist, sondern eine neue Bourgeoisie. Diese weiß: Ihre Herrschaft in der DDR hat auf die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland überhaupt keine Ausstrahlungskraft. Sie will auch gar keine Ausstrahlungskraft haben, sondern sie will ihren "Besitzstand" und ihre Herrschaft juristisch und verfassungsmässig garantieren. So hat es noch jede zur Herrschaft gelangte Bourgeoisie gemacht, und so macht es auch die neue Bourgeoisie der DDR.

Dies ist die eine Seite der Verfassungsänderung. Die andere Seite der Verfassungsänderung ist die, daß die neue Bourgeoisie in der DDR sich mit Haut und Haar an die Sowjetunion verkauft hat. Die Sowjetunion ist der Oberherr jener in der Verfassung beschworenen "sozialistischen Staatengemeinschaft", deren "untrennbarer Bestandteil" die DDR bleiben soll. Dies ist einfach die verfassungsmässige Verankerung des Rechts der Sowjetunion, in der DDR zu intervenieren, wie sie es seinerzeit in der CSSR gemacht hat und wie sie es gegenwärtig für Jugoslawien vorbereitet.

Gegenüber der realen Entwicklung in der Welt und in den beiden deutschen Staaten wird sich die neue Verfassung der DDR allerdings als bloßes Stück Papier erweisen. In keinem der beiden deutschen Staaten wird die Herrschaft der Bourgeoisie ewig dauern, und der Einfluß der USA auf Westdeutschland wird schließlich genau so gebrochen werden wie der Einfluß der imperialistisch gewordenen Sowjetunion auf die DDR. Sobald die Arbeiterklasse in einem der beiden deutschen Staaten die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt haben wird, wird sie auch die Frage der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen: Sie wird die nationale Frage als einen Hebel für die soziale Revolution benutzen.

Damit die Arbeiterklasse diesen Hebel in Westdeutschland benutzen kann, muß sie also sie politische Macht erobern. Gegenwärtig hat die Bourgeoisie die Macht und benutzt die nationale Frage als Hebel für ihre Eroberungspläne.

Die westdeutsche Arbeiterklasse hat keinerlei Grund, gemeinsam mit der westdeutschen Bourgeoisie Krokodilstränen über die Spaltung der Nation zu vergießen und ihre Einheit heraufzubeschwören. Die wesentliche Frage ist: Welche Klasse hat die soziale und politische Macht inne? Obwohl die deutsche Nation in zwei Staaten gespalten ist, eines haben beide Staaten gemeinsam: Es sind Staaten einer bürgerlichen Ausbeuterklasse. Von dieser Tatsache muß die Arbeiterklasse ausgehen. Diese Tatsache muß die Arbeiterklasse ändern, hier wie in der DDR.

Joscha Schmierer, aus "Kommunistische Volkszeitung" Nr.2o/74

Die Veränderungen in meinem Konfuziusverständnis

Vorbemerkung

Wir drucken hier einen Artikel von einem alten chinesischen Professor ab, weil wir von diesem Artikel in verschiedener Hinsicht viel lernen können. An Hand der Entwicklung seines eigenen Konfuziusverständnisses, die anschaulich die Umerziehung der bürgerlichen Intellektuellen widerspiegelt, zeigt der chinesische Genosse sowohl die Notwendigkeit der Analyse und des Kampfs gegen die Ideologie der Ausbeuterklassen als auch die Methode, die beides ermöglicht: die Anwendung des Marxismus-Leninismus als eine scharfe Waffe im Klassenkampf.

Es wird gezeigt, worin der reaktionäre und gefährliche Charakter solcher - auf den ersten Blick so schönen - Ideologien wie der konfuzianischen liegt und es wird sowohl das allgemeine Wesen der Ausbeuterideologien herausgearbeitet als auch der besondere Inhalt der konfuzianischen Philosophie als Ideologie der untergehenden Sklavenhalterklasse.

Genauso wie die chinesische Sklavenhalterklasse braucht jede Ausbeuterklasse eine Ideologie, um die Volksmassen zu betäuben und in geistiger Abhängigkeit zu halten. Bis zur Oktoberrevolution 1917 hat jede Revolution der Volksmassen gegen die herrschenden Verhältnisse eine neue Minderheit, eine neue Ausbeuterklasse an die Macht gebracht, deren Anschauungen und Lebensweise die herrschende Kultur geprägt haben. "Eine bestimmte Kultur (als Ideologie betrachtet) ist die Widerspiegelung der Politik und Wirtschaft einer bestimmten Gesellschaft; die Kultur übt aber wiederum einen großen Einfluß und eine gewaltige Einwirkung auf die Politik und Wirtschaft der gegebenen Gesellschaft aus; die Wirtschaft ist die Basis, die Politik ist aber der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomik. Das ist unsere Grundanschauung über die Beziehung zwischen Kultur einerseits und der Politik und der Wirtschaft andererseits, sowie zwischen der Politik und Wirtschaft." (Mao Tse-tung, Über die neue Demokratie) Daraus ergibt sich, daß jede Ausbeuterklasse gewisse grundlegende Elemente aus der Ideologie aller vorangegangenen übernehmen konnte, auch wenn sie zugleich ihre spezifischen Besonderheiten aufweist.

Das Proletariat, das mit dem Sturz der Bourgeoisie und der Errichtung seiner politischen Macht die Wurzeln a l l e r Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt, muß nicht nur mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen brechen, sondern es muß gleichzeitig radikal mit den überlieferten Ideen brechen.

Alle Ausbeuerklassen der Geschichte und der Gegenwart haben gemeinsam, daß sie den ideologischen Schein verbreiten, die politische Macht im Interesse "der Menschen" oder gar "der Menschheit" auszuüben und sie rufen die Ausgebeuteten und Unterdrückten auf, doch ebenfalls "Menschlichkeit" und "Vernunft" oder was heutzutage groß in Mode ist: "Rationalität" walten zu lassen. Alle bauen ihre Ideologiegebäude auf auf der sogenannten "menschlichen Natur". Sie entwickeln Lebensregeln, die im gesellschaftlichen Leben herrschen und zu verbindlichen Normen gemacht werden sollen. "Aber es existiert nur eine konkrete menschliche Natur und keine abstrakte menschliche Natur, es existiert nur eine menschliche Natur die Klassencharakter hat, und nicht irgendeine über den Klassen stehende menschliche Natur. Wir sind für die proletarische menschliche Natur, für die menschliche Natur der breiten Volksmassen, während die Grundherrnklasse und die Bourgeoisie für die menschliche Natur ihrer Klassen eintreten, aber sie sprechen das nicht offen aus, sondern geben diese für die einzige menschliche Natur aus." (Mao Tsetung, AW III, 1oo)

Wir sind auf der Hochschule mit der Ideologie der Bourgeoisie in ihrer konzentriertesten Form konfrontiert und sollen zu Trägern und Fortsetzern der bürgerlichen Ideologie gegenüber dem Volk ausgebildet werden. Ein großer Teil der Studenten soll sogar hauptamtlich dafür ausgebildet werden, das Volk ideologisch zu entwaffnen wie z.B. die Lehramtskandidaten. Wenn wir nicht zu Unterdrückern werden wollen und uns selbst nicht mit "dem schleichenden Gift" infizieren wollen, müssen wir lernen, die reaktionäre Ideologie der imperialistischen Bourgeoisie umfassend und offensiv zu kritisieren und zu bekämpfen, wo sie uns entgegentritt. Wir gehören zu dem geringen Teil des Volks, dem die Bourgeoisie eine einigermaßen umfassende Bildung angedeihen läßt - wir müssen lernen zwischen richtig und falsch zu unterscheiden und unser Wissen dazu einzusetzen, um die Massen bei ihren Kämpfen gegen die herrschende Ausbeuterordnung zu unterstützen. Um uns das nötige Handwerkszeug dazu anzueignen, kann der folgende Artikel eine gute Hilfe sein.

Er wurde aus dem Englischen übersetzt, aus "China Reconstructs"; die Zwischentitel stammen von uns.

Red.

Die '4.Mai-Bewegung' des Jahres 1919 richtete sich gegen Chinas jahrhundertealte Feudalstruktur. Sie bekämpfte die dekadente, reaktionäre Moral, Kultur und Literatur und ihre Parole war "Nieder mit dem Konfuziusgeschäft", da Konfuzius als der Hauptrepräsentant all dieser alten Dinge angesehen wurde. Seit dieser Zeit war es im Kampf zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Klasse und ihren zwei Linien auf ideologischem Gebiet immer eine sehr wichtige Sache, ob man das 'Kon-

fuziusgeschäft' - d.h. die konfuzianische Lehre und ihre Anhänger, die die alte Ordnung wieder einführen wollten - zerstören oder behüten wollte. Vor der Kulturrevolution hatte ich mich immer für die Bewahrung des "Geschäfts" eingesetzt. Das heißt aber in Wirklichkeit, daß ich vor der Befreiung den Großgrundbesitzern, der Bourgeoisie und den Kuomintang-Reaktionären diente und nach der Befreiung der konterrevolutionären Linie Liu Shao-chis und anderer politischer Betrüger.

Es war die Kulturrevolution, die mich befähigte, mein Verständnis des Konfuzius zu heben. Meine gegenwärtige Kritik an Konfuzius ist gleichzeitig eine Kritik an meinen eigenen Ideen und Theorien zur Verteidigung des "Konfuziusgeschäfts" in der Vergangenheit.

Durch Tugend herrschen..

Es gibt viele Aspekte der konfuzianischen Lehre. Beginnen wir mit dem *'durch Tugend herrschen'*.

Konfuzius sagte:*"Wenn du das Volk durch Tugend regierst, kann man dich mit dem Polarstern vergleichen, der seinen Platz beibehält, während sich alle anderen Sterne vor ihm verbeugen."* Und,*"Wenn du die Menschen durch Gesetze führst und durch Strafen rechtschaffen hältst, mögen sie zwar von Missetaten Abstand nehmen, haben aber dafür kein Schamgefühl. Wenn du sie durch Tugend führst und durch die 'Riten' oder Gesetze des Anstands rechtschaffen hältst, werden sie ein Schamgefühl für Missetaten haben und entsprechend der Norm leben."* (The Analects)

Das sind jene Stellen bei Konfuzius, die sich auf sein "durch Tugend herrschen" beziehen.

Mein Verständnis und meine Einschätzung dieser Worte hat drei Entwicklungsstufen durchlaufen.

I. DIE "ABSTRAKTE METHODE" (HERMENEUTIK)

Im Jahre 1957, als ich Vorlesungen über die "Probleme des Vermächtnisses chinesischer Philosophie"hielt, trug ich die "abstrakte Methode" vor, die besagt, daß man nur die äußere Erscheinung und die wörtliche Deutung der Textstellen beachten soll, ohne die eigentlichen historischen Bedingungen oder gar den Klasseninhalt zu untersuchen.

Jetzt verstehe ich, daß dies der marxistisch-leninistischen Methode der Klassenanalyse entgegengesetzt ist. Früher hatte ich diese Methode der "Textinterpretation" immer in meinen Vorlesungen über die Geschichte der chinesischen Philosophie verwendet. In der alten Ausgabe meines Buches: 'Geschichte der chinesischen Philosophie' zum Beispiel, interpretierte ich die "Tugend" bei Konfuzius als die moralischen Fähigkeiten von Individuen, und die "Riten" oder Anstandsgesetze als gesellschaftliche Normen, die die gesellschaftlichen Sitten und Gebräuche und das politische und gesellschaftliche System widerspiegeln.

Entsprechend dieser Interpretation bedeutet das, was Konfuzius über das "durch Tugend die Menschen führen" sagte, folgendes: daß die moralischen Fähigkeiten der Menschen auf einen höheren Stand gehoben werden sollen. "Beaufsichtige sie durch das 'Ritual' oder Anstandsregeln" bedeutete, gesellschaftliche Normen zu verwenden, um die Kontrolle über das individuelle Verhalten zu verstärken und gesellschaftliche Sitten und Gebräuche, sowie eine öffentliche Meinung zu schaffen, um den Menschen ein Schamgefühl für Missetaten und Gesetzesbruch einzuimpfen. Dann werden die Menschen das Gesetz natürlich nicht brechen. Ich behauptete damals, es wäre Konfuzius' Methode, die moralischen Fähigkeiten aller Menschen zu heben und den gesellschaftlichen Einfluß zu verstärken, und daß dies viel besser wäre, als die Menschen durch Verbote und Strafen dazu zu zwingen, daß sie es nicht wagen, die Gesetze zu übertreten. Darin drücke sich überdies seine hohe Achtung vor "dem Menschen" aus.

Das war eine wörtliche Interpretation dessen, was Konfuzius über "Tugend" und "Ritual" oder Anstandsregeln sagte, wobei diese Begriffe als abstrakte Ideen betrachtet und nach ihrem äußeren Anschein beurteilt wurden. Diese Methode wenden praktisch alle an, die Konfuzius verehren. Sie verschleiert den Klasseninhalt verschiedener philosophischer Schulen, verwischt die Trennungslinie im Klassenkampf der jeweiligen Zeit und verzerrt das Gesetz der Entwicklung in der Geschichte der Philosophie. Das ist keine Frage allein der Methodologie. Wenn man diese Frage konsequent stellt, ist es eine Frage des Klassenstandpunktes, d.h. auf welcher Seite man steht im Kampf zweier Klassen und zweier Linien.

II. "DIE WAHRHEIT IST IMMER KONKRET"

Obwohl ich vor der Kulturrevolution einige oberflächliche Kritik an diesem abstrakten Herangehen übte, stand ich doch noch immer auf dem Standpunkt der Ausbeuterklassen. In der neuen Ausgabe meiner "Geschichte der chinesischen Philosophie" hielt ich an dieser Vorgangsweise fest, besonders in Bezug auf Konfuzius.

Während der Kulturrevolution lernte ich allmählich die Bedeutung der Worte Lenins:*"Die Wahrheit ist immer konkret"* verstehen. Die "Tugend" oder das "Ritual" oder Anstandsregeln, die Konfuzius vertrat, hatten einen konkreten historischen Inhalt. Der Klasseninhalt war besonders wichtig. Zum Beispiel haben die moralischen Fähigkeiten, die von verschiedenen Klassen befürwortet werden,einen verschiedenen Klasseninhalt. Jene Tugenden, die vom Prolatariat gefördert werden, zielen darauf ab, dem Volk zu dienen, alle Ausbeuterklassen zu stürzen und eine sozialistische und kommunistische Gesellschaft aufzubauen. In den Augen der Ausbeuterklassen rufen diese Tugenden "Aufruhr gegen die Herrschenden" hervor und sind das größte Verbrechen. Verschiedene Klassen haben auch verschiedene gesellschaftliche Normen. Die proletarische Revolution will die gesellschaftlichen Normen der Ausbeuterklassen durch ihre eigenen ersetzen.

Erst nachdem ich diese Tatsache eingesehen hatte, sah ich, daß "führe die Menschen durch Tugend"und andere von Konfuzius vertretene Maßnahmen die arbeitenden Menschen betäuben und betrügen sollten,



Der Verfasser dieses Artikels, Fung Yu-lan (Bildmitte) kritisiert mit Lehrern und Studenten der Philosophischen Fakultät der Universität Peking Lin Piao und Konfuzius

so daß sie die herrschende Ordnung weder anzugreifen wagten, noch es wünschten. Konfuzius Absicht war es, alle Ideen und Aktionen, die "Aufruhr gegen die Herrschenden hervorrufen" auszulöschen.

Lenin sagte:" *Ausnahmslos alle unterdrückenden Klassen bedürfen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zweier sozialer Funktionen: der Funktion des Henkers und der Funktion des Pfaffen. Der Henker soll den Protest und die Empörung der Unterdrückten niederhalten. Der Pfaffe soll die Unterdrückten trösten, ihnen die Perspektive einer Milderung der Leiden und Opfer bei Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft weismachen (das läßt sich besonders bequem tun, wenn man für die 'Realisierbarkeit' solcher Perspektiven keine Gewähr leistet...) und sie eben dadurch mit dieser Herrschaft aussöhnen, sie revolutionärer Taten entwöhnen, ihren revolutionären Geist untergraben, ihre revolutionäre Entschlossenheit zerstören.*" ("Der Zusammenbruch der II. Internationale", LW 21, S 226)

Mit anderen Worten, die herrschende Klasse braucht zwei Dinge, um das Volk zu beherrschen: Einerseits Verfolgung und Unterdrückung, andererseits Täuschung und Lähmung seines revolutionären Willens. Was Konfuzius als die zwei Methoden der Herrschaft definierte - "Die Menschen durch Tugend führen" und "Die Menschen durch Gesetze führen" - sind die zwei gesellschaftlichen Funktionen, von denen Lenin spricht. Bei den Wegen und Mitteln, die Konfuzius den Herrschenden seiner Zeit vorschlug, behauptete er nichts anderes, als daß das Amt des Pfaffen wirkungsvoller sei, als das des Henkers. In gewissem Sinn und unter gewissen Bedingungen ist die Funktion des Pfaffen sogar noch verwerflicher, als die des Henkers.

Konfuzius betrachtet aber auch Strafen als unentbehrlich.

Der Staat Cheng unterdrückte damals die Sklavenaufstände mit Waffengewalt. *"Vortefflich!"* applaudierte Konfuzius:*"Wenn die Herrschaft zu nachgiebig ist, werden die Menschen unverschämt. Wenn die Menschen unverschämt sind, weise sie mit Gewalt zurecht.*"(Tso Chuan, ein historisches Werk aus der Zeit des Konfuzius). Als Konfuzius selbst an der Macht war, ließ er Shao-cheng, einen Gegner der Sklaverei hinrichten.

Die Konfuzius-Schüler in der Han-Dynastie (206 v.Chr. - 220 n.Chr.) behaupteten, daß "Ritual, Musik, Gesetze und Strafen" allesamt nötig seien, um über die Menschen zu herrschen und die feudale Herrschaft zu festigen. Sie behaupteten auch, daß diese vier nur ein Ziel hätten: nämlich über die Menschen zu herrschen. Mit anderen Worten, es war notwendig, sowohl die Funktion des Pfaffen, als auch die des Henkers innezuhaben.

III. DAS CHINESISCHE PROLETARIAT MUSS DEN KONFUZIANISMUS UMFASSEND KRITISIEREN

In der gegenwärtigen Kritik an Konfuzius wurde mein Verständnis von ihm noch erweitert.

Ich spüre jetzt, daß die obige Kritik an Konfuzius auf alle spätfeudalen Philosophen angewendet werden kann. Wenn man bei dieser Kritik stehenbleibt, hat man noch nicht alle Merkmale seiner Lehre offengelegt. Unsere Kritik muß tiefer gehen.

Als Fan Chih, einer der Schüler des Konfuius, sagte, er wolle die Landwirtschaft erlernen, schmähte in Konfuzius als "minderen Menschen". Er drückte seine Meinung in folgender Stelle aus:*"Fan Chih ist wirklich ein minderer Mensch!*
- Wenn ein Herrscher das 'Ritual' oder die Anstandsregeln liebt, werden es die gewöhnlichen Leute nicht wagen, unehrerbietig zu sein.
- Wenn er die Aufrichtigkeit liebt, werden sie es nicht wagen, ihre Gedanken zu verbergen.
- Wenn er all das tut, werden sich die gewöhnlichen Leute aus allen Gegenden um ihn scharen und ihre Kinder auf dem Rücken mitbringen.
Wozu braucht er die Landwirtschaft zu können?"(The Analects)

In dieser Stelle bestätigte Konfuzius die zwei gegensätzlichen Klassen seiner Zeit. Eine nannte er die "erhabenen Menschen" (was damals 'Herren' bedeutete), "die Überlegenen" (d.h. die Herrschenden, die Unterdrücker), die keine Landwirtschaft betrieben (das heißt, daß sie als Ausbeuter keine körperliche Arbeit verrichteten). Ihnen standen die "minderen Menschen", die "gewöhnlichen Leute" (d.h. die Beherrschten, Unterdrückten), die die Landwirtschaft verrichteten (also die ausgebeuteten, arbeitenden Menschen) gegenüber.

Aus der obigen Stelle können wir ersehen, daß das Ritual, die Rechtschaffenheit und Aufrichtigkeit, von denen Konfuzius spricht, nur "die Überlegenen" betrifft. Seiner Meinung nach würden die "Überlegenen" durch diese Gesten das Volk so beeinflussen, daß es sie respektieren, ihnen gehorchen und treu für sie arbeiten würde. Konfuzius sagte,*"die Tugend der Überlegenen ist gleich dem Wind und die der Unterlegenen gleich dem Gras. Wenn der Wind über das Gras streicht, wird es sich unweigerlich beugen.*"(The Analects) Das ist die tatsächliche Bedeutung seines "die Menschen durch Tugend führen".

Dreimal wiederholt Konfuzius in seinen Bemerkungen über Fan Chih "werden sie es nicht wagen". Das zeigt, daß seine "überlegenen Menschen" Unterdrücker sind.

Die Güte der Herrschenden bedeutet, den Arbeitern Brocken zuwerfen, um sie leichter zu kommandieren

Für Konfuzius war "Güte" die höchste Tugend. Die vielen Hinweise auf"Güte" in "The Analects", waren nicht übereinstimmend. Hier einige wichtige Beispiele:

1) *"Yen Yuan fragte nach Güte. Konfuzius sagte, 'Güte heißt, sich selbst unterordnen und zum Ritual zurückkehren. Sobald Unterordnung erreicht und das Ritual wieder eingeführt ist, werden sich alle unter der Sonne dem gütigen Herrscher unterwerfen'."*

2) *"Chung Kung stellte Fragen über Güte. Konfuzius sagte, 'wenn du ausgehst, behandle andere so, als ob du große Gäste empfangen würdest. Wenn Du Leuten befiehlst, tu so, als ob du einem großen Opfer beiwohnen würdest. Was du nic willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu'."*

3) *"Tzu Chang erkundigte sich bei Konfuzius über Güte. Konfuzius sagte, 'Sie besteht in der Fähigkeit, fünf Tugenden unter der Sonne auszuüben.' Er fragte, welche das seien. Konfuzius antwortete, 'Würde, Großmut, Aufrichtigkeit, Fleiß und Nächstenliebe. Wenn du würdig bist, wird man dich respektvoll behandeln. Wenn du großmütig bist, wirst du alle für dich gewinnen. Wenn du aufrichtig bist, wird man dir vertrauen. Wenn du fleißig bist, werden deine Unternehmungen gelingen. Wenn du deine Nächsten liebst, wirst du den Menschen Befehle erteilen können'."*

4) *"Fan Chih fragte über Güte. Konfuzius sagte, 'liebe den Menschen'."*

Die Zitate 1,2 und 3 zeigen, daß die "Güte", die Konfuzius meinte, ausschließlich die Güte der "Überlegenen" ist: Das erste Zitat sagt aus, daß sich alle unter der Sonne dem "gütigen Herrscher" unterwerfen würden, falls man seine Worte und Taten dem Ritual der westlichen Chou-Dynastie anpaßt. Das traf natürlich nur für Leute in hohen politischen Ämtern zu. Ein "Unterlegener" konnte keinesfalls die Unterwerfung irgendjemandes unter der Sonne erreichen.

Das zweite Zitat sagt, daß Leute befehligen eine ernste Angelegenheit ist und ein großes Opfer. Auch das traf nur auf Leute in hoher politischer Stellung zu. Die "Unterlegenen" waren die "gewöhnlichen Leute", die nur zum Beherrschen da waren und nie anderen Befehle erteilen konnten.

Im dritten Zitat behauptet Konfuzius, daß man nur großmütig zu sein brauche, um alle für sich zu gewinnen und nächstenliebend, um andere befehligen zu können. Auch das stimmt nur für Leute in hoher politischer Stellung. Die "Unterlegenen", die ja selbst die Massen darstellten, brauchten und konnten auch nie "alle für sich gewinnen". Sie waren selbst die Kommandierten, die nie andere kommandieren konnten.

Aus dem, was Konfuzius über "Großmut" und "Nächstenliebe" gesagt hat, können wir entnehmen, daß sein "Liebe den Menschen" (Zitat 4) bestenfalls heißen kann, den Arbeitern einige Brocken zuzuwerfen, um sie leichter gewinnen und kommandieren zu können.

Offensichtlich bezieht sich Konfuzius' "Güte" auf die Moral der "Überlegenen" und schließt die "Unterlegenen" aus. Er sagte deutlich, daß es *" Überlegene gibt, die nicht gütig sind, aber niemals Unterlegene, die gütig sind"* (The Analects). Und weiter: *"Die gewöhnlichen Leute sollten angehalten werden, Dinge zu tun, aber nicht, sie zu begreifen".* Und: *"Wenn ein Überlegener etwas über den 'Weg' (d.h. die Ideologie der Überlegenen) lernt, wird er die Menschen lieben (d.h. den arbeitenden Menschen Brocken zuwerfen). Wenn ein Unterlegener etwas über den 'Weg' lernt , kann er besser herumkommandiert werden".* (The Analects) All diese Aussagen machen den Klasseninhalt seiner "Güte" deutlich.

" In der Welt gibt es ebensowenig eine grundlose Liebe, wie einen grundlosen Haß. Was die sogenannte Menschenliebe anbelangt, so hat es seit Aufspaltung der Menschheit in Klassen keine solche allumfassende Liebe gegeben. Diese Liebe wurde von allen herrschenden Klassen der Vergangenheit gern gepredigt; viele sogenannte Weise taten es ebenfalls, aber keiner hat sie je wirklich praktiziert, denn in der Klassengesellschaft ist sie unmöglich. Wahre Menschenliebe ist erst dann möglich, wenn in der ganzen Welt die Klassen abgeschafft sind. Die Klassen haben die Gesellschaft in viele antagonistische Gruppen aufgespaltet; nach der Aufhebung der Klassen wird es eine allgemeine Menschenliebe geben, doch jetzt gibt es eine solche Liebe noch nicht. Wir können Feinde nicht lieben, können die widerwärtigen Erscheinungen in der Gesellschaft nicht lieben, unser Ziel ist ihre Vernichtung."
(MAO TSE-TUNG, AW III,S 1o1)

Nicht nur Konfuzius' "Güte", sondern auch alle anderen Moralbegriffe bezogen sich nur auf die Herrschenden. *"Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu"* bedeutet lediglich ein Gentlemen's agreement unter den Herrschenden nach der Devise: eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Aus dem oben gesagten können wir sehen, daß Konfuzius unter den "Überlegenen" die sklavenhaltende Aristokratie verstand, denn die Haltung der "Überlegenen" gegenüber den "Unterlegenen" war die von Sklavenhaltern gegenüber Sklaven. Überhaupt ist das Verhältnis zwischen den sogenannten "erhabenen Menschen" und den sogenannten "minderen Menschen" in der Ideologie des Konfuzius nichts anderes als das wirkliche Verhältnis zwischen Sklavenhaltern und Sklaven. Die Sklaven waren nicht mehr als Produktionswerkzeuge. In den Augen der Sklavenhalter konnte von Tugend keine Rede sein, wenn man von Sklaven sprach. Falls sie irgendeine Tugend aufwiesen, so war dies Gehorsam gegenüber den Befehlen der Sklavenhalter. Im Westen vertrat Plato (427 - 347 v.Chr.), ein typischer Sklavenhalter-Philosoph im antiken Griechenland, die selben Ideen.

Die Ausbeuterideologien ändern sich - ihr Wesen bleibt das gleiche

In diesem Punkt unterschied sich manchmal das Gedankengut der feudalen Philosophen von dem der sklavenhalterischen. Zum Beispiel sagte Wang Yang-mung (1472 - 1528), ein Philosoph der landbesitzenden Klasse in der Ming-Dynastie, daß es "Weise überall in den Straßen" gäbe und daß "jeder einGewissen habe". (Während er in Worten zugab, daß jeder ein Gewissen habe, dachte er insgeheim, daß es es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Weisen und den "gewöhnlichen Leuten" gäbe. Weise kämen nur von der herrschenden Klasse, nie aus der arbeitenden Bevölkerung.) Seine Worte erfüllten noch besser den Zweck, das Volk einzulullen und zu täuschen. Genauso waren die von den bürgerlichen Philosophen vertretenen Grundsätze der "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" ein weiterer Versuch, die arbeitenden Menschen einzulullen und zu täuschen. In der Vergangenheit dachten manche Leute, darunter auch ich, wenn sie über Konfuzius'Güte sprachen, daß ja auch die Begriffe von "Gleichheit und Brüderlichkeit" gefaßt habe, daß er den Menschen entdeckt habe. So schien es, als ob ein Philosoph seine Ideen losgelöst von seiner gesellschaftlichen Stellung in seinem Gehirn ausbrüten könne. Das ist unmöglich. Es ist eine idealistische Auffassung der Geschichte an Stelle einer materialistischen.

Gegen Ende der Frühlings- und Herbstperiode (770 - 476 v.Chr. war die Sklavenhaltergesellschaft in China im Prozeß rascher Auflösung. Die Sklavenhalter waren längst auf dem absteigenden Ast. Die von Konfuzius vertretenen Ideen dienten ihren Interessen. Er war ein Philosoph der verfallenden Sklavenhalterklasse.

In "The Analects" pries Konfuzius die Leistungen König Wu's aus der Chung-Dynastie, von dem er sagte: *"Er belebte Staaten wieder, die schon ausgelöscht waren, restaurierte Familien, deren Nachfolgelinie unterbrochen war, uns setzte jene in die Ämter ein, die in Vergessenheit geraten waren".* Das war ein Teil des konfuzianischen politischen Programms für die Restauration der alten Sklavenhalterordnung. Er wollte die zusammengebrochenen Sklavenhalterreiche wieder errichten, den Nachkommen der Sklavenhalteraristokratie, die ihre politischen Positionen verloren hatten, wieder Auftrieb geben und den Sklavenhalteraristokraten, die auf die Stufe der "gewöhnlichen Leute"



Arbeiter schreiben eine Wandzeitung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius

gesunken waren, wieder in ihre Stellung verhelfen. Das war gleichbedeutend mit einer völligen Wiederherstellung der alten Sklavenhaltergesellschaft.

Ich erklärte früher Konfuzius' "Liebe den Menschen" als Liebe zu allen Menschen. Aus dem oben gesagten geht jedoch hervor, daß das nicht gemeint sein kann. Jene die Konfuzius wirklich liebte, war eine Handvoll sklavenhaltender Aristokraten. Er sagte auch: "Vor Liebe zu allen überströmen" (The Analects). Das war nichts weiter, als den Arbeitenden Brocken zuwerfen.

Warum sollten die Sklavenhalter Brocken hergeben? Der Grund war der Zustand des Sklavenhaltersystems, das einer schnell dahinsiechenden Person glich, oder der Sonne, die hinter den Westbergen untergeht. Die Sklavenhalter hatten die Kontrolle über die Sklaven verloren, welche entweder rebellierten oder flohen. Um diese Revolten einzudämmen und die Flucht zu verhindern und um mehr Fronarbeiter der aufsteigenden feudalen Klasse zu gewinnen, legte Konfuzius sehr großes Gewicht auf die Beschwichtigung der Sklaven durch einige Brokken. Seine Ideen waren eine Widerspiegelung des damaligen Klassenkampfes.

Im "Zusammenbruch der II. Internationale" zitiert Lenin Feuerbach: "*...wer den Sklaven tröstet, statt ihn zur Rebellion gegen die Sklaverei aufzurütteln, der unterstützt den Sklavenhalter.*" (LW 21, S 226) Diese Betrachtung paßt auch sehr gut auf Konfuzius.

In der Feudalgesellschaft nach der Han-Dynastie, wurde Konfuzius der "höchste Meister" der feudalen Ideologie. Im 20. Jahrhundert führten Yuan Shi-Kai, Führer der Kriegsherren im Norden, Chiang Kai-shek, der Häuptling der Kuomintang-Reaktionäre und auch der Renegat Liu Shao-chi sowie der Konterrevolutionär Lin Piao fort, Konfuzius zu verehren. Der Grund dafür ist, daß sie alle Ausbeutung und Unterdrückung für richtig und Rebellion für falsch hielten.

Um die Restauration zu verhindern, muß das Proletariat den Klassenkampf auf ideologischem Gebiet vorantreiben

Im Konfuzius-Tempel, in der Gegend von Chufu, ProvinzShantung gibt es Steinschriften, die alle Ehren festhalten, mit denen Konfuzius posthum von den Kaisern verschiedener Dynastien überhäuft wurde. Sie alle preisen Konfuzius' "verdienstvolle Taten" in Bezug auf die herrschende feudale Klasse, was gleichzeitig eine gute Hilfe dabei ist, die Verbrechen des Konfuzius gegen die arbeitenden Menschen zu enthüllen.

Chiang Kai-shek, Liu Shao-chi und Lin Piao glorifizierten Konfuzius in der selben politischen Absicht - das Volk einzulullen und zu täuschen, um das alte System, die alte Ordnung wieder zu errichten und die Revolution und den gesellschaftlichen Fortschritt zu hemmen.

Das "Forum über die Geschichte der chinesischen Philosophie" 1957 und die "Konferenz von Tsinan (zum Andenken des Konfuzius" (1962) manifestierten die revisionistische Strömung dieser Zeit: zum Alten zurückzukehren. Bei der ersten Veranstaltung vertrat ich "die abstrakte Methode" des Übernehmens der Vergangenheit gegenüber der marxistischen Methode der Klassenanalyse. Auf der zweiten verbreitete ich den Standpunkt über Konfuzius, den ich damals in meiner neuen Ausgabe der "Geschichte der chinesischen Philosophie" ausgearbeitet hatte. Ich argumentierte, daß Konfuzius der ideologische Repräsentant der feudalen Gutsbesitzerklasse war, daß die "Güte", die er predigte einer universalen Struktur entsprach und daß er damals eine fortschrittliche Rolle gespielt hatte. Das verstärkte nur die Vergöttlichung des Konfuzius und nützte der revisionistischen Linie.

Die Große Proletarische Kulturrevolution zielte darauf, die Weltanschauung des Volkes umzuformen, indem die alten Konzepte und Ideen der Geschichte kritisiert und verworfen wurden. Mein Verständnis von Konfuzius wurde auf Grund der Erziehung durch die Kulturrevolution vertieft.

Die Kulturrevolution geht weiter in die Breite und in die Tiefe. In der gegenwärtigen Bewegung der Kritik an Lin Piao und Konfuzius leitet uns Vorsitzender Mao persönlich an und gibt uns die Orientierung. Eine neue Revolution ergreift das Studium der chinesischen Philosophiegeschichte. Ich bin jetzt fast 80 Jahre alt. Nachdem ich ein halbes Jahrhundert damit verbracht habe, die Geschichte der chinesischen Philosophie zu studieren und zu lehren, ist es für mich eine Quelle großer Befriedigung, diese große Revolution mitzuerleben. Meine Freude ist sogar noch größer, seitdem ich selbst fähig bin, daran teilzunehmen. Während ich den Marxismus-Leninismus und die Mao Tse-Tung-Ideen studiere und meine Weltanschauung umgestalte, sehe ich meine neue Ausgabe der "Geschichte der chinesischen Philosophie" durch und die unvollendeten Teile werde ich als meinen Beitrag zu Chinas sozialistischer Revolution und zum sozialistischen Aufbau fertigstellen.

Fung Yu-lan,
Professor am phil. Institut der Universität Peking

NEUERLICHER BRUTALER ANGRIFF DER IRANISCHEN UND BRITISCHEN TRUPPEN AUF DHOFAR

Iranische und britische Truppen haben eine Großoffensive gegen das Gebiet von Dhofar begonnen. Dabei ist es durch den Einsatz von iranischen Fallschirmjägern, die zu den 1100 schon dort stationierten iranischen Truppen noch hinzukamen, den Imperialisten gelungen die Straßenverbindung zwischen Maskat und Salalah zurückzuerobern. Darüberhinaus hat die britische und iranische Luftwaffe ihre Flächenbombardements in der Umgebung von Salalah verstärkt, um jegliche Verbindung zwischen der Stadt, die in den Händen der Imperialisten ist, mit dem Volk in den Dörfern abzuschneiden und die Aushungerungspolitik zu vervollständigen.



Sultan Quabus und der Schah von Persien, zwei gute Freunde, deren Armeen gemeinsam das Volk von Dhofar im Dienste der engl. und amerikanischen Imperialisten zu vernichten suchen.



Trotz der gegenwärtigen ungünstigen Lage für die Revolution in Dhofar dürfen wir die vielen Niederlagen nicht vergessen, die das Volk bereits den Mörderbanden bereitet hat. Eben deshalb versuchen diese ja durch eine erneute Welle von Agression und Verbrechen ihr Ziel zu erreichen. Solange aber das Volk von Dhofar und Oman sich auf die eigenen Kräfte stützt, den Widerstand entschlossen organisiert, sich um eine wirklich revolutionäre Organisation zusammenschließt, wird es trotz aller vorübergehenden Rückschläge unbesiegbar sein.

Die im Mai und Juni 1974 in Wien durchgeführte Solidaritätsaktion zur Unterstützung des Volkes von Oman hat bisher mehr als 5000 Schilling Spenden ergeben.
Der Befreiungskampf des Volkes von Oman braucht unsere Unterstützung und Solidarität.
SPENDEN BITTE AN:
Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Kto/Nr. 660087305
Kennwort: OMAN - DHOFAR

IMPRESSUM
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger: Marxistisch-leninistische Studentenorganisation;für den Inhalt verantwortlich: Herbert Veranic, alle Mölkergasse 3, 1080 Wien